

**Fortgeschriebener
Haushaltssanierungsplan
der Stadt Gladbeck
für den Zeitraum
2017 bis 2021**

nach dem Stand: Ratsbeschluss 08.12.2016

Teil A: **Hauptteil mit Darstellung der Ausgangslage, gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen, Finanzprojektion und Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen, Darstellung der Chancen und Risiken**

Teil B: **Anlagen:**

Entwicklung der Einzeldaten der Finanzprojektion

Ermittlung des geometrischen Mittels für die Planfortschreibung 2016 bis 2021

Orientierungsdatenerlass

Liste der Einzel-Konsolidierungsmaßnahmen zur Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes

Darstellung der Ausgangslage, gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen, Finanzprojektion und Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen, Darstellung der Chancen und Risiken

Ausgangslage

Die Stadt Gladbeck begleiten seit Wiedergewinnung der kreisangehörigen Selbstständigkeit im Jahre 1976 intensive Konsolidierungsbemühungen.

Seit 1994 weisen die Jahresabschlüsse trotz Einsatz der "allgemeinen Rücklage" Haushaltsfehlbeträge aus.

Nur in den Jahren 1998 und 2002 konnten durch höhere Gewerbesteuereinnahmen bzw. Veräußerungen von Beteiligungsvermögen die Haushalte ausgeglichen gestaltet werden.

Die Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ hat nur kurzfristig Abhilfe geschaffen durch die Vorgabe, dass der städt. Haushalt als fiktiv ausgeglichen gilt, wenn die Ausgleichsrücklage für den Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann.

Dies war lediglich in 2008 der Fall.

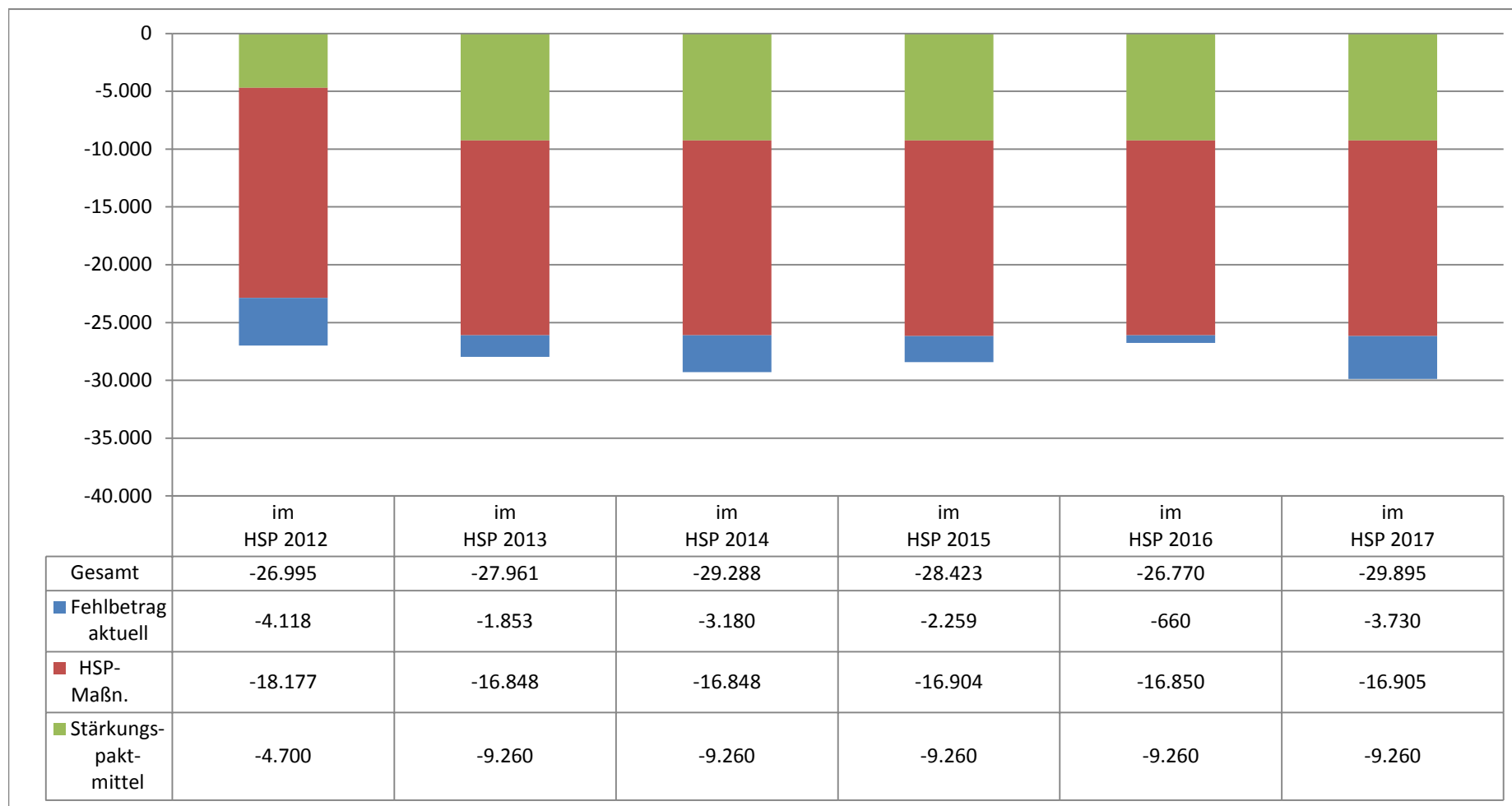
Gesetzliche Grundlagen

Am 08.12.2011 hat der Landtag NRW das Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) beschlossen.

Auslöser für die Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes war, dass in 2010 124 Kommunen verpflichtet waren, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Nur 26 Kommunen erhielten dazu eine Genehmigung. 138 Kommunen befanden sich aufgrund der fehlenden Genehmigung im Nothaushaltsrecht. In 2010 waren bereits 34 Kommunen überschuldet.

Aufgrund des Beschlusses des Rates vom 22.03.2012 hat die Bezirksregierung mit Verfügung vom 29.05.2012 mitgeteilt, dass die Stadt Gladbeck in den Stärkungspakt Stadtfinanzen Stufe 2 (freiwillige Teilnahme) aufgenommen wird. Die Landeshilfe für die Stadt Gladbeck beträgt 9,26 Mio. € jährlich in der Spitze ab 2014. Der Stufe 2 des Stärkungspaktgesetzes gehören 27 Kommunen an. Aktuell wird für weitere Teilnehmer über eine 3. Stufe im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen beraten.

**Darstellung der Haushaltsentwicklung ohne Stärkungspakt Stadtfinanzen / ohne Haushaltssanierungsplan
jeweils für das Jahr 2017**



Ohne Stärkungspakt und Haushaltssanierungsplan läge der aktuelle Fehlbetrag 2016 mehr als 3 mal so hoch.

Gesetzliche Rahmenbedingung bei freiwilliger Teilnahme

Das Haushaltssicherungskonzept ist nach § 79 GO i.V. mit § 1 GemHVO Bestandteil des Haushalts.

Der Haushaltssanierungsplan tritt nach § 6 Abs. 4 des Stärkungspaktgesetzes an die Stelle des Haushaltssicherungskonzeptes bzw. Haushaltssanierungskonzeptes nach § 76 GO NW. Für den Haushaltssanierungsplan gelten die Vorschriften über das Haushaltssicherungskonzept sinngemäß, soweit das Stärkungspaktgesetz keine abweichenden Regelungen trifft.

Die beschlossenen Sanierungsmaßnahmen sind in die Haushaltsansätze eingeflossen; ein Verzicht auf einzelne Maßnahmen hat daher unmittelbar Auswirkung auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Voraussetzungen für die Genehmigung:

- Der Haushaltsausgleich ist unter Einbeziehung der Landeshilfe in jährlich gleichmäßigen Schritten / unter Einhaltung der beschlossenen Meilensteine spätestens 2018 zu erreichen;
- Der Haushaltsausgleich ist ohne Landeshilfe spätestens im Jahr 2021 herbeizuführen.
- Nach erstmaligem Erreichen des Haushaltsausgleiches müssen die Konsolidierungsschritte einen degressiven Abbau der zum Ausgleich erforderlichen Konsolidierungshilfen vorsehen.
- Der vom Rat zu beschließende Haushaltssanierungsplan ist der Bezirksregierung jeweils mit dem Haushaltsplan des Folgejahres bis spätestens zum 01.12. des lfd. Jahres vorzulegen; der Plan 2017 ist abweichend davon erst am 08.12.2016 verabschiedet worden.

Gemäß Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) vom 25.05.2012 gilt für Kommunen, die keinen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan vorlegen, das Recht der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW; der diese Regelungen abfedernde "Leitfaden Haushaltssicherung" wurde zwischenzeitlich aufgehoben.

Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2013 wurde mit Auflagen genehmigt, die einen Beitrittsbeschluss des Rates erforderlich machten; die Fortschreibung 2014 wurde ohne Auflagen genehmigt, allerdings mit der Aufforderung, die sich aus der Fortschreibung 2014 ergebenden Verschlechterungen nachzukosolidieren; die Fortschreibung 2015 wurde unter dem Datum vom 27.02.2015 genehmigt. Für 2016 wurde erneut ein Beitrittsbeschluss notwendig wegen der eingeplanten Landeserstattung für Flüchtlinge.

Berichtspflichten

Im Rahmen des Stärkungspaktgesetz sind den Städten drei Berichtsstichtage vorgegeben worden; die Berichte sowie die Antworten der Kommunalaufsicht werden jeweils dem Rat im Rahmen des Berichtswesens zur Kenntnis gebracht.

Pflichtverstöße

Werden die Ziele des Haushaltssanierungsplanes vollständig verfehlt, droht letztlich die Bestellung eines Beauftragten nach § 124 GO.

Eine weitere Sanktionsmöglichkeit ist die Nicht- oder verspätete Auszahlung der Finanzhilfen aus dem Stärkungspakt.

Die Kommunalaufsicht beabsichtigt von dieser Möglichkeit z.B. dann Gebrauch zu machen, wenn im Rahmen der unterjährigen Berichte eine Verschlechterung des Haushalts eintritt, die in der Folge die Ziele des Haushaltssanierungsplanes (also mindestens die Erreichung des Haushaltsausgleichs 2018 / 2021) gefährdet. Dem Umsetzungsbericht zum 30.06. kommt daher großes Gewicht zu.

Eine Auszahlungsvoraussetzung ist die Vorlage von Jahresabschlüssen bis zu einem bestimmten Termin.

Alle Jahresabschlüsse bis einschließlich 2015 sind fertig gestellt; der Abschluss 2015 wurde vom Rat in seiner Sitzung am 08.12.2016 festgestellt.

Ab Auszahlungstermin 2014 galt als weitere Voraussetzung, dass eine Prognose über die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplanes des Folgejahres vorgelegt werden muss.

Finanzprojektion / Planfortschreibung 2017 bis 2021

Grundlagen für die Planfortschreibung für Haushaltssanierungsplan (und auch Haushaltssanierungskonzept) sind:

- der Beschluss über den Haushalt 2017
- Erlass des MIK vom 07.03.2013 sowie Verfügung der Bezirksregierung Münster vom 15.03.2013
- die jährlichen Orientierungsdaten und für den Plan 2017 die GFG-Modellrechnung von Oktober 2016 sowie der beschlossene Kreishaushalt 2017

Die Finanzprojektion ist getrennt zu betrachten für den Zeitraum der Finanzplanung (Bestandteil der Haushaltsplanung) und die daran anschließende Planung bis zum Ende des HSP-Zeitraumes 2021; für das Jahr 2017 also einmal für den Zeitraum bis 2020 und anschließend für das Jahr 2021.

Für die Festlegung der Fortschreibungsgrundlagen ist zu beachten:

"Die Orientierungsdaten liefern allerdings nur Durchschnittswerte für die Gemeinden und Gemeindeverbände und sind deshalb lediglich Anhaltspunkte für die individuelle Finanzplanung. Jede Kommune ist verpflichtet, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten die für ihre Planung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln. Es ist von den Orientierungsdaten abzuweichen, wenn die individuellen Gegebenheiten vor Ort dies erfordern.

Auch bei den weiter in die Zukunft gerichteten Planungen der HSK- und HSP-Kommunen dürfen die Berechnungsempfehlungen des sogenannten Ausführungserlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 7. März 2013 zur Haushaltskonsolidierung nur zugrunde gelegt werden (gemeint sind hier die mathematisch ermittelten individuellen Wachstumswerte (geometrisches Mittel)), wenn eine eingehende Einzelfallprüfung ihre Vereinbarkeit mit den individuellen Verhältnissen vor Ort und deren voraussichtlichen Entwicklungen bestätigt hat.

Die der Haushaltsplanung tatsächlich zugrunde gelegten Einzelwerte sind den Aufsichtsbehörden zu erläutern."

Für die Aufwandsseite gilt zudem:

"Die Orientierungswerte zu den Aufwendungen sind keine Prognosen, sondern Zielwerte, die gerade von den konsolidierungspflichtigen Kommunen noch unterschritten werden sollten...."

Welche Werte im einzelnen der Berechnung bis 2021 zu Grunde gelegt wurden, ist im Weiteren erläutert.

Veränderungen in den Zuordnungen durch Vorgabe geänderter Handreichungen / Kommentare / finanzstatistischen Forderungen können die Vergleichbarkeit der Daten deutlich einschränken.

Kontenschema Matrix

Ergebnisplan*							
Ertrags- und Aufwandsarten	RG Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd Jahr	Ans Folgej 2018	Ans 2019	Ans 2020	Simu 4J 2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7
1 Steuern und ähnliche Abgaben	58.980.206,76	72.758.307,00	75.439.630,00	78.989.426,00	81.399.332,00	84.251.604,00	87.489.590,00
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	86.433.478,07	91.195.214,00	103.946.503,00	101.723.480,00	99.089.344,00	99.020.713,00	99.657.251,00
3 + Sonstige Transfererträge	3.330.840,12	631.800,00	3.783.800,00	3.783.800,00	3.783.800,00	3.783.800,00	2.483.800,00
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.678.831,56	32.825.447,00	32.912.968,00	32.940.426,00	32.977.641,00	32.994.990,00	33.056.740,00
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.211.372,98	2.157.412,00	2.283.275,00	2.326.285,00	2.312.285,00	2.312.285,00	2.312.285,00
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.837.307,03	12.238.971,00	19.004.715,00	18.810.715,00	16.228.120,00	16.271.936,00	16.300.169,00
7 + Sonstige ordentliche Erträge	10.024.868,64	6.732.243,00	7.307.778,00	7.231.636,00	7.227.355,00	7.202.355,00	7.202.355,00
8 + Aktivierte Eigenleistungen	584.749,45	1.345.000,00	1.327.100,00	1.302.570,00	1.153.200,00	847.500,00	922.200,00
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 = Ordentliche Erträge	202.081.654,61	219.884.394,00	246.005.769,00	247.108.338,00	244.171.077,00	246.685.183,00	249.424.390,00
11 - Personalaufwendungen	48.841.901,89	49.140.488,00	50.186.002,00	49.481.647,00	50.049.745,00	50.676.538,00	51.485.445,00
12 - Versorgungsaufwendungen	5.678.097,14	5.155.800,00	5.232.800,00	5.293.800,00	5.361.800,00	5.423.800,00	5.513.800,00
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.858.622,26	35.788.225,00	40.154.065,00	39.688.951,00	37.500.333,00	37.529.012,00	36.506.587,00
14 - Bilanzielle Abschreibungen	15.005.813,30	14.824.651,00	14.867.210,00	14.609.792,00	14.454.502,00	14.165.447,00	14.174.947,00
15 - Transferaufwendungen	106.999.977,57	113.613.069,00	125.421.238,00	125.095.374,00	125.099.173,00	125.514.429,00	127.484.165,00
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.291.031,07	12.388.774,00	11.908.482,00	10.441.121,00	8.558.141,00	8.592.811,00	8.707.497,00
17 = Ordentliche Aufwendungen	230.675.443,23	230.911.007,00	247.769.797,00	244.610.685,00	241.023.694,00	241.902.037,00	243.872.441,00
18 = ordentliches Ergebnis	-28.593.788,62	-11.026.613,00	-1.764.028,00	2.497.653,00	3.147.383,00	4.783.146,00	5.551.949,00
19 + Finanzerträge	7.682.447,30	7.772.450,00	5.711.041,00	5.740.991,00	5.740.891,00	5.740.891,00	5.740.891,00
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.877.236,50	7.355.100,00	7.676.900,00	7.597.700,00	7.574.500,00	7.414.500,00	7.254.500,00
21 = Finanzergebnis	1.805.210,80	417.350,00	-1.965.859,00	-1.856.709,00	-1.833.609,00	-1.673.609,00	-1.513.609,00
22 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-26.788.577,82	-10.609.263,00	-3.729.887,00	640.944,00	1.313.774,00	3.109.537,00	4.038.340,00
23 + Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26 = Jahresergebnis	-26.788.577,82	-10.609.263,00	-3.729.887,00	640.944,00	1.313.774,00	3.109.537,00	4.038.340,00
29 darin enthalten: Stärkungspakt Stadtfinanzen	9.260.054,86	9.260.000,00	9.260.000,00	9.260.000,00	6.019.000,00	2.778.000,00	0,00

Ergebnis der Plan-Projektion / Gegenüberstellung der Fehlbedarfe in der Planung 2012 bis 2016

Die Beträge werden grundsätzlich in T€ dargestellt.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	-36.194	-25.616	-14.852	-10.054	-6.393	-4.118	1.082	1.170	3.547	4.203
Plan 2013	-36.194	-24.292	-10.525	-6.183	-1.735	-486	3.536	991	1.043	286
Plan 2014	-36.194	-24.292	-11.695	-11.652	-6.795	-3.180	1.421	132	993	1.103
Plan 2015	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-5.553	-2.259	2.093	986	1.001	1.106
Plan 2016	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-10.609	-660	6.095	6.103	6.271	6.413
Plan 2017	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-10.609	-3.730	641	1.314	3.110	4.038

Aus dem 5-Mrd-Paket des Bundes entfällt auf die Stadt über die Erhöhung des Gemeindesanteils an der Umsatzsteuer Mittel; für 2017 ergibt sich hier eine Beteiligung von rd. 0,9 Mio €. Für 2018 sind in den Haushalt 1,7 Mio € eingerechnet worden und für die Folgejahre jeweils rd. 1,5 Mio €.

Die Fehlbedarfe sinken in der Planung kontinuierlich; Vergleiche hierzu auch die Entwicklung der Aufwandsdeckungsgrade.

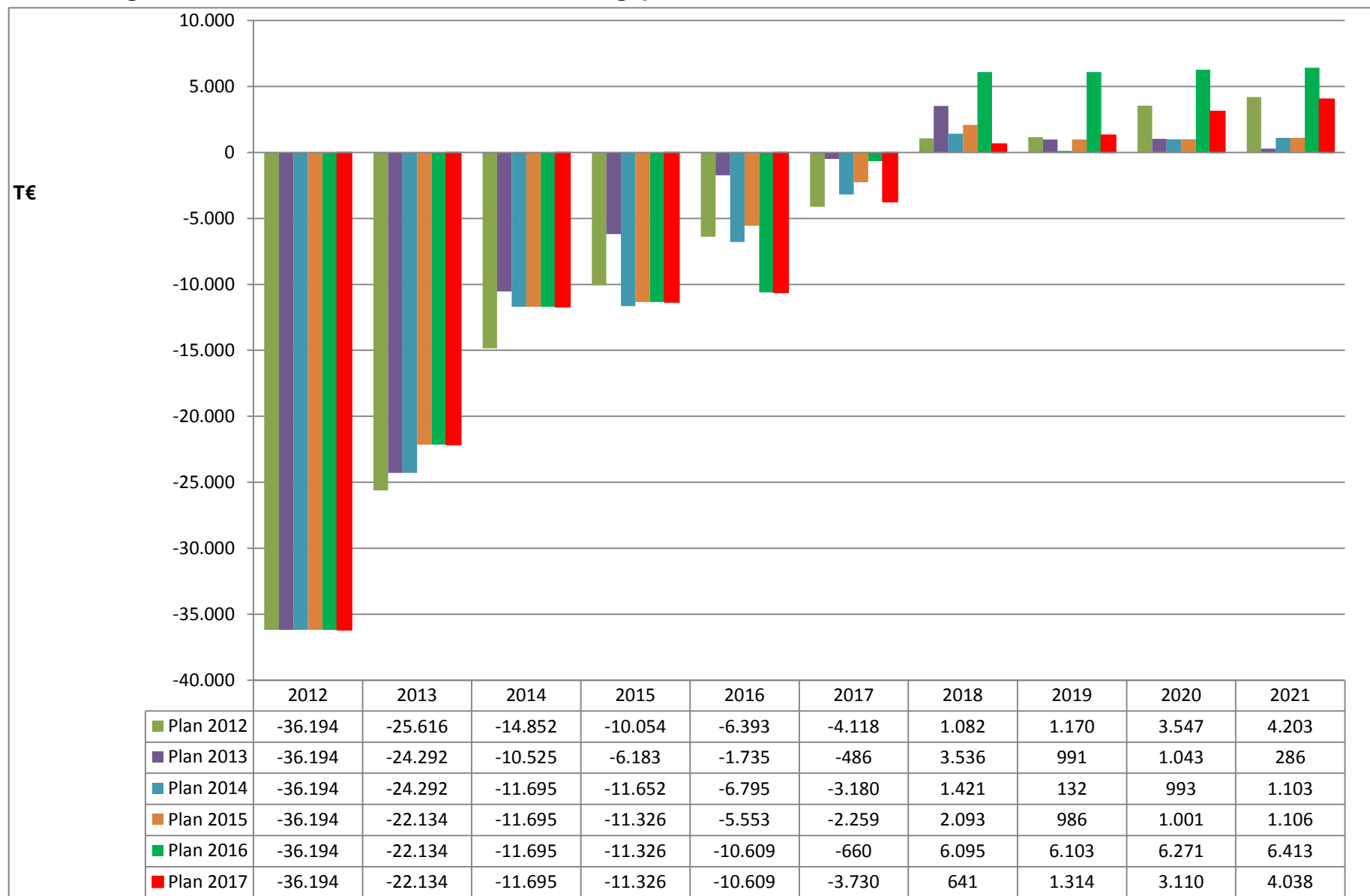
In den Jahren 2019 und 2020 geht der Einsatz der Mittel aus dem Stärkungspakt anteilig zurück (2018 = 9.260 T€, 2019 = 6.019 T€, 2020 = 2.278 T€); der Ausgleich 2021 muss ohne diese Landeshilfe realisiert werden.

Mit Hilfe der erhöhten Konsolidierungsmittel (nach der Neuberechnung der Stärkungspaktmittel) sollte die Stadt in der Lage sein, sich den gesetzten Konsolidierungszielen (den beschlossenen Meilensteinen) des ursprünglichen Haushaltssanierungsplanes wieder anzunähern. Für die Jahre 2019 bis 2021 ist das Ziel zunächst einmal erreicht.

2018 werden -wie bereits in der ursprünglichen Planung beschlossen- einige größere HSP-Maßnahmen wirksam; dies führt zu einer (bereits eingeplanten) Haushaltsverbesserung von 3,5 Mio €.

Der Haushalt des Kreises Recklinghausen mit der Finanzplanung bis 2021 ist am 21.11.2016 beschlossen worden. Diese Planung liegt dem Haushalt der Stadt zu Grunde.

Entwicklung der Fehlbedarfe in den Haushaltssanierungsplänen



Die Grafik zeigt anschaulich die Schwankung zwischen den jeweiligen Fortschreibungen des Haushaltssanierungsplanes. 2012 war eine deutlich geringere Landeshilfe eingeplant; die HSP-Maßnahmen für das Endjahr 2021 waren jedoch annähernd in gleicher Höhe vorgesehen wie in der derzeitigen Fortschreibung.

Allerdings waren die Personalaufwendungen und auch die Kreisumlage für 2021 mit deutlich niedrigeren Beträgen erfasst.

Die Schlüsselzuweisungen steigen 2021 gegenüber der Planung 2012 von 54,8 Mio € auf über 77 Mio €, dafür war 2012 eine Gewerbesteuererinnahme für 2021 von 43 Mio € eingeplant, aktuell sind es unter 29 Mio €.

Hinzu kommen sich verändernde rechtliche Grundlagen und politische und wirtschaftliche Bedingungen wie z.B. die Entwicklung bei den Flüchtlingen, die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft sowie die Auswirkungen des Brexit-Beschlusses.

Das Innenministerium hat 2008 ein NKF-Kennzahlenset veröffentlicht, das von der Kommunalaufsicht sowie von der Gemeindeprüfung bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden herangezogen wird. Die Kennzahlen werden weitgehend im Rahmen des Vorberichtes für den Haushaltsplan dargestellt; insoweit wird hier nicht im einzelnen darauf eingegangen.

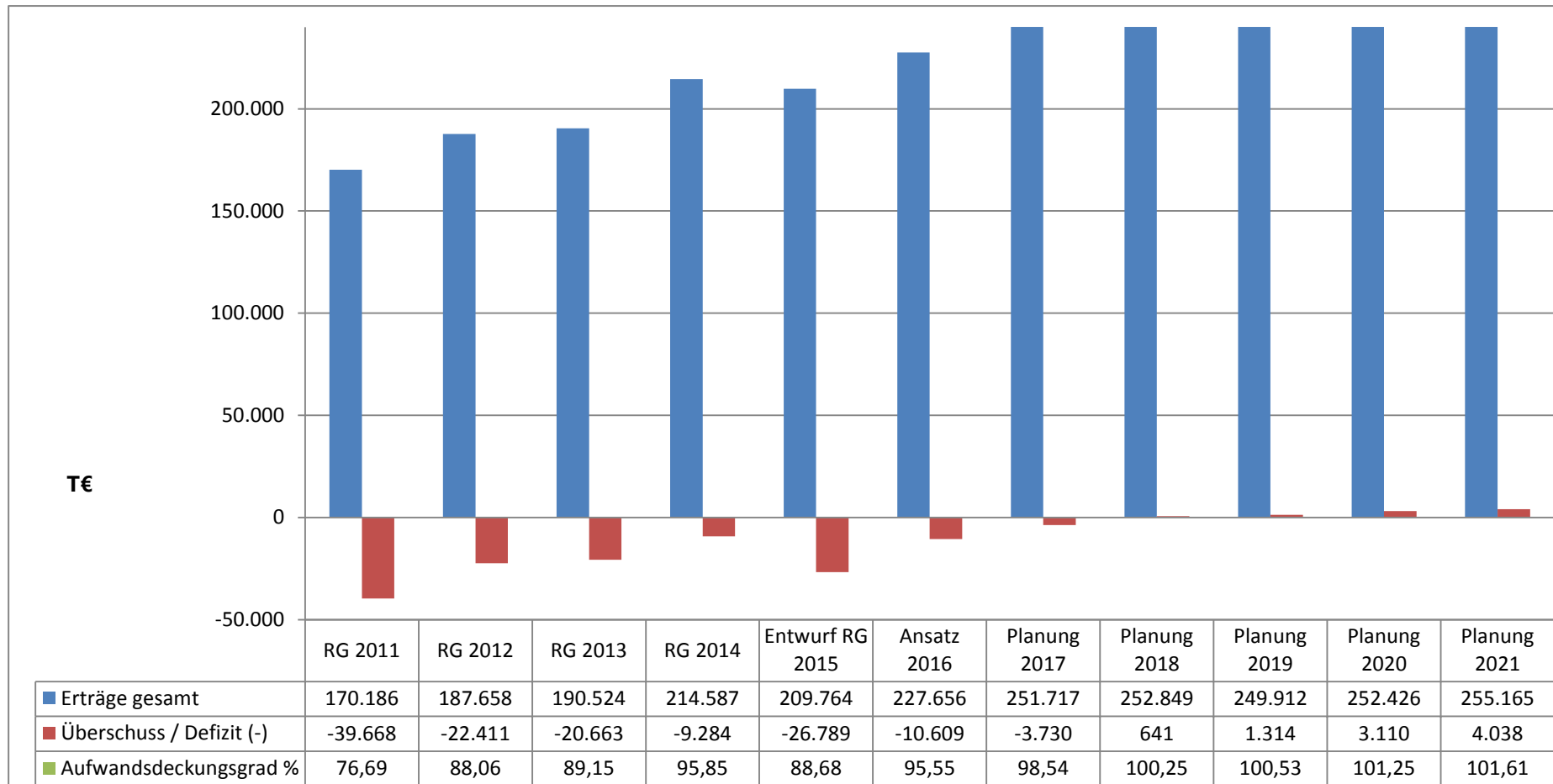
Dem Aufwandsdeckungsgrad kommt bei der Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zunehmend Bedeutung zu.

Hieran wird die Einhaltung des Konsolierungsweges (stete Verbesserung des Aufwandsdeckungsgrades) gemessen; in den vergangenen Jahren (bis auf 2015 wegen der "Sondereffekte" Schweizer Franken und Beendigung eines Rechtsstreites im Bereich der Gewerbesteuer aus 2003) konnte dieser Wert im Rahmen des Jahresabschlusses gegenüber der Planung jeweils deutlich verbessert werden; dies ist bei der Darstellung zu berücksichtigen.

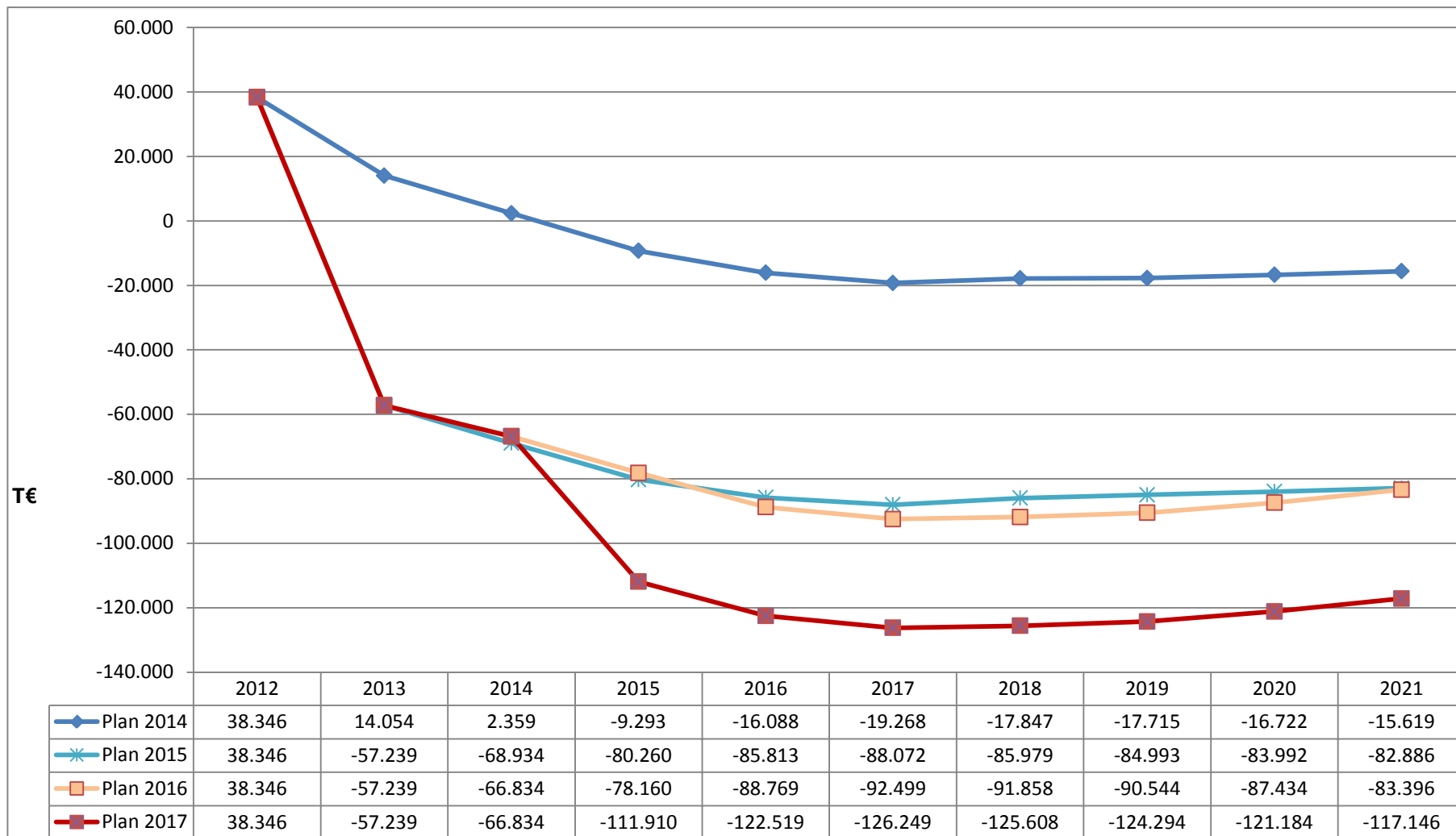
Der Unterschied zur Planung lässt sich aus der "Entwicklung der Fehlbedarfe in den Haushaltssanierungsplänen" erkennen.

Nach derzeitigem Stand sind für den Jahresabschluss 2016 keine negativen Abweichungen erkennbar.

Aus der **Entwicklung des Aufwandsdeckungsgrades** im Plan 2017 lässt sich ab eine stetige Steigerung ablesen, die ab 2018 über 100 % liegt.



Entwicklung der Eigenkapitals jeweils zum Stand 31.12.



Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 wurde eine Finanzanlage neu bewertet.

Daraus ergab sich ein Korrekturbedarf von 74,9 Mio €. Das originäre Jahresergebnis 2013 fiel gegenüber der Planung um 3,6 Mio € besser aus.

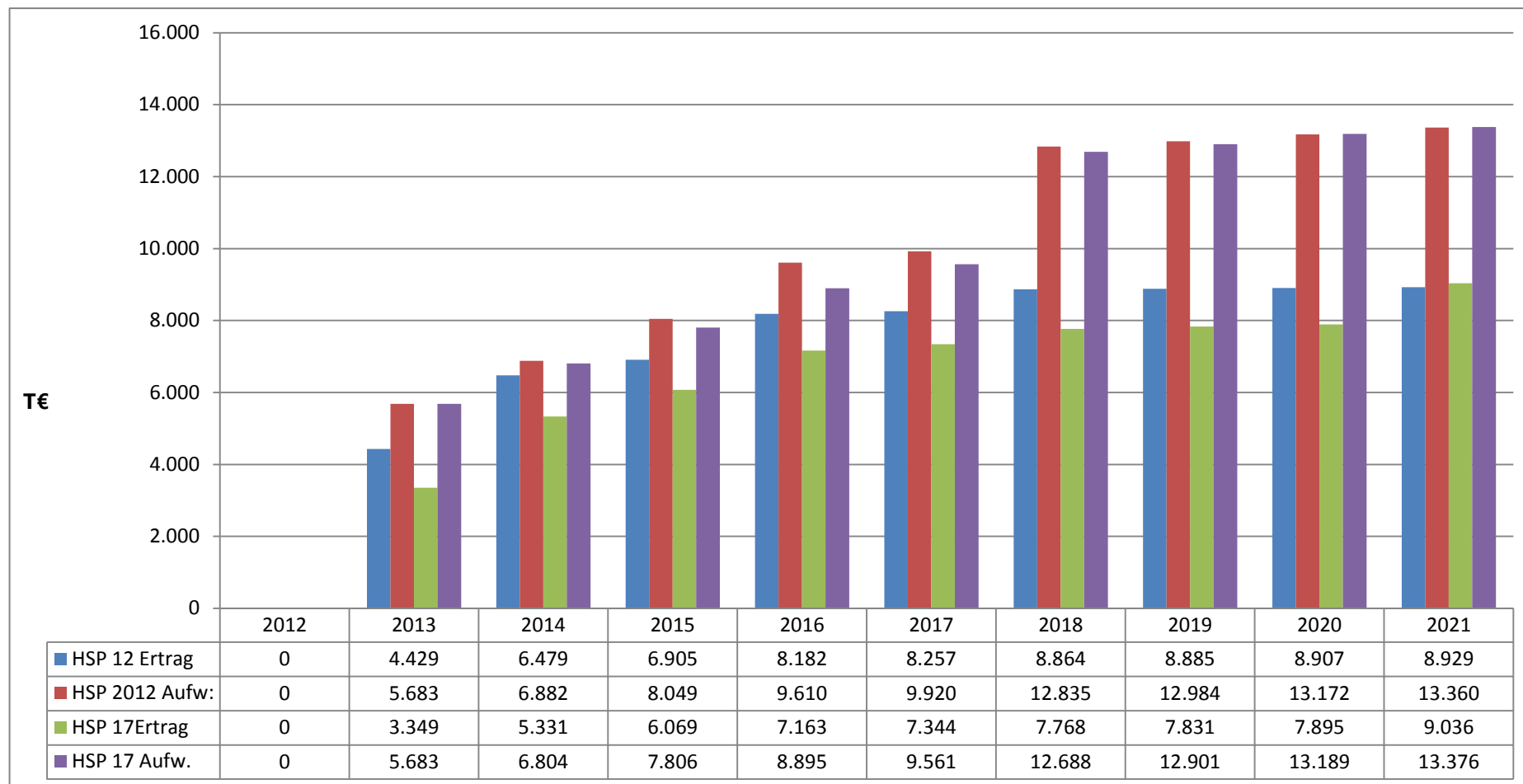
2015 musste die Finanzanlage erneut neu bewertet werden; wegen der Kursentwicklung beim Schweizer Franken und der Rückzahlung einer Gewerbesteuerforderung aus dem Zeitraum vor Einführung NKF kam zu weiteren Verschlechterungen durch Sondereffekte; der Jahres-Fehlbetrag insgesamt liegt in 2015 entsprechend Entwurf des Jahresabschlusses bei rd. 26 Mio €, das Eigenkapital verringert sich um 45 Mio €; aus dem dem Rat zu seiner Sitzung am 08.12.2016 vorgelegten Abschluss ergibt sich eine weitere Verschlechterung. Ab 2018 ist die Entwicklung positiv.

Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen

Die Zusammenstellung der Einzelmaßnahmen ist in der Anlage beigefügt.

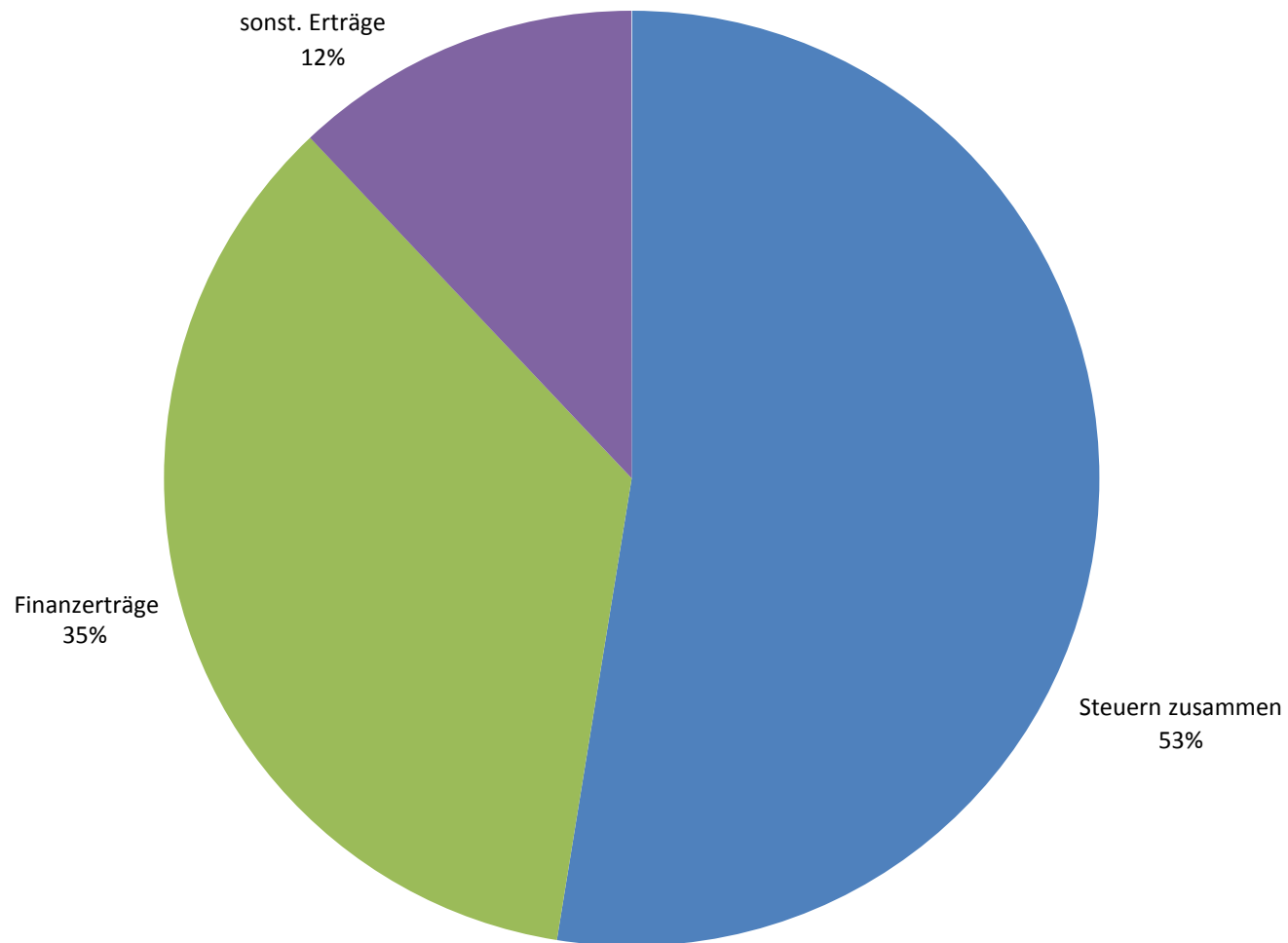
Die Maßnahmen teilen sich auf in Ertragsverbesserungen und Aufwandsreduzierungen.

Die nachfolgende Grafik stellt die Konsolidierungsbeiträge aus dem HSP 2012 für den Zeitraum bis 2021 der HSP-Fortschreibung 2017 gegenüber.



Aufschlüsselung der Konsolidierungsbeiträge nach Ertrags- und Aufwandsarten in der Planung 2017

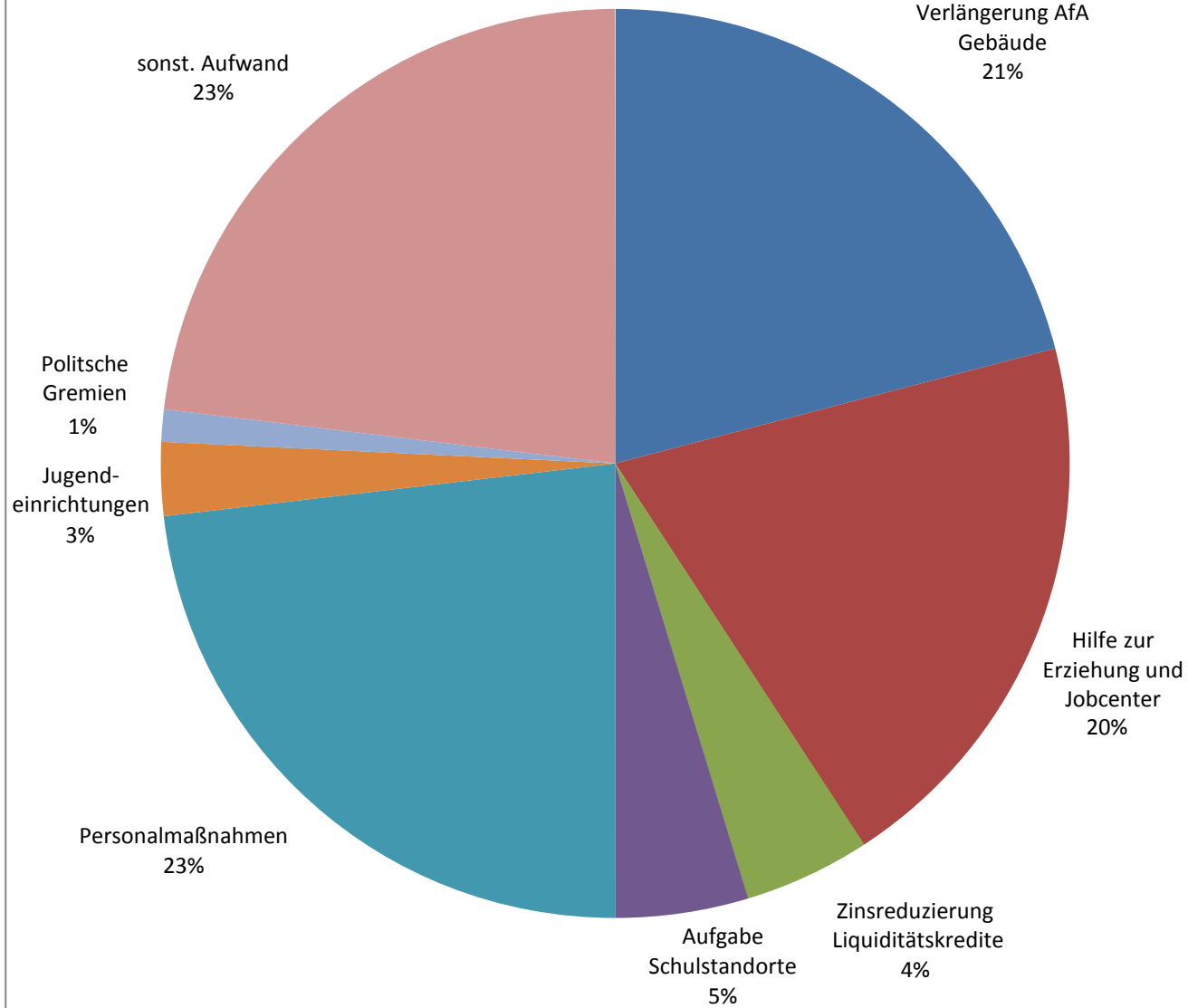
Ertragsarten 2017



Aufschlüsselung der Erträge

	T€
Steuern zusammen	3.860
Finanzerträge	2.600
sonst. Erträge	884
gesamt	7.344

Aufwandsarten 2017



Aufschlüsselung des Aufwandes T€

Verlängerung AfA Gebäude	2.000
Hilfe zur Erziehung und Jobcenter	1.900
Zinsreduzierung Liquiditätskredite	430
Aufgabe Schulstandorte	450
Personalmaßnahmen	2.213
Jugendeinrichtungen	250
Politsche Gremien	109
sonst. Aufwand	2.209
gesamt	9.561

Zum sonstigen Aufwand gehört z.B.

die Reduzierung der Kosten für die Straßenbeleuchtung durch Neuabschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages, die Reduzierung der Reinigungskosten durch Neuausschreibung der Unterhaltsreinigung, die Reduzierung der Unterhaltung von Sportflächen nach Aufgabe der Standorte, die Absenkung von schülerbezogenen Aufwendungen wegen Rückgang der Schülerzahl, die Einsparungen bei der Musikschule.

Entwicklung der Einzelmaßnahmen

Die in der Fortschreibung des HSP für 2017 enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind in der Planung 2017 bis 2020 sowie in der Planfortschreibung 2021 überwiegend unverändert gegenüber der Fortschreibung 2016 enthalten; zur Zeit findet eine Evaluation aller Einzelmaßnahmen statt. Die daraus gewonnen Erkenntnisse sollen danach gemeinsam in die weitere Fortschreibung aufgenommen werden.

Lediglich die sich aus der Genehmigungsverfügung 2016 notwendige Kompensation ist für 2017 ff vorgenommen worden.

Die Beschreibung der Einzelmaßnahmen aus dem HSP 2012 ergeben sich aus dem HSP 2012.

Chancen und Risiken des Haushaltssanierungsplanes

Chancen und Risiken des Haushaltssanierungsplanes

Jede Planung, und dazu noch eine so langfristige wie sie für einen Haushaltssanierungsplan erforderlich ist, enthält Risiken.

Hier sind z.B. zu nennen

- die allgemeine Konjunktorentwicklung, auch im weltwirtschaftlichen Zusammenhang, und damit die Entwicklung der Gewerbesteuer als einer wesentlichen Einnahmequelle; 2013 ist die Entwicklung der Gewerbesteuer in Gladbeck abweichend von auch umliegenden Kommunen atypisch negativ, 2014 gegenüber umliegenden Kommunen sehr positiv, 2015 wieder mit erheblichen Einbrüchen und Einmaleffekten verbunden. 2016 verläuft bisher leicht unter Plan.
- die Entwicklung beim Finanzausgleich;
für 2017 erwartet die Stadt eine erhebliche Steigerung bei den Schlüsselzuweisungen u.a. wegen einer erheblichen Rückzahlung bei der Gewerbesteuer; für die Folgejahre ist dieser Anteil zu neutralisieren
- das Zinsänderungsrisiko, auch wenn dies aktuell gering erscheint; die Verschuldung verringert sich im Planungszeitraum nach nochmaligem Anstieg nur gering
- Aufgabenveränderungen z.B. im Rahmen der Inklusion und der U3-Betreuung und der Entwicklung der Flüchtlingsströme; die Kosten bleiben bisher in nicht unerheblichem Umfang bei der Stadt
- die Entwicklung bei den Personalkosten;
durch die Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes sind Einsparungen das Ziel, die Umsetzung der Einzelmaßnahmen gelingt bisher, allerdings kommen neue Aufgaben hinzu wie z.B. durch den starken Zustrom im Bereich Asyl und Integration, Übernahme von Kindertageseinrichtungen von kirchlichen Trägern sowie Neubau von Einrichtungen;
für die Fortschreibung der Personalkosten ging die Berechnung 2014 von 1,5 % Steigerung statt 1 % entsprechend den Orientierungsdaten aus; seit 2015 wird für das 1. Planjahr jeweils eine Steigerung von 2 % entsprechend der OD möglich; für 2017 wurde mit 1,5 % p.a. geplant.

- Auf der Aufwandseite stellen die pflichtigen Sozialtransferaufwendungen mit der nicht vorhersehbaren Fallzahlentwicklung den größten risikobehafteten Bereich dar.
Dies gilt sowohl für den Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe einschließlich der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern als auch für den Bereich der Leistungsbezüge nach SGB mit den Kosten Asyl. Welche Aufwendungen den städtischen Haushalt dauerhaft belasten, bleibt abzuwarten.
- Aus dem 5-Mrd-Entlastungs-Paket des Bundes für die Kommunen erhält die Stadt als Erhöhung an der Umsatzsteuer direkt 1,7 Mio € für 2018 und anschließend 1,5 Mio €, für 2017 sind dies rd. 0,9 Mio €. Ob und wie die den weiteren Ebenen gewährten Entlastungen bei der Stadt ankommen, bleibt abzuwarten.
- Neben den Sozialtransferaufwendungen leistet die Stadt weitere Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte, z.B. für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen und Über-Mittag-Betreuung. Hierfür sind Kostensteigerungen nur teilweise eingeplant. Für Sozialtransfer sehen die OD eine Steigerungsrate von 2 % vor.
- Im Bereich der Sach- und Dienstleistungen erfolgt wie in den Vorjahren im Finanzplanungszeitraum eine Fortschreibung ohne Berücksichtigung von Steigerungsraten.
Die Auswirkungen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sind erfasst; im Ergebnisplan wirkt sich das insbesondere 2018 aus; hier sind Mittel für die bauliche Unterhaltung des Stadthallendaches mit 2,1 Mio € enthalten.
Der Bereich der Sach- und Dienstleistungen beinhaltet die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung.
Das Rechnungsergebnis lag hier wie in den Vorjahren unterhalb des Planwertes.

Im Rahmen der nächsten Fortschreibung werden die Risiken einer genauen Überprüfung unterzogen werden, um die Chance auf ein Gelingen der Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes für die Stadt Gladbeck durch notwendiges Nachsteuern zu steigern.

Entwicklung der Einzel-Daten der Finanzprojektion

Entwicklung der Einzel-Daten der Finanzprojektion

Die Gesamtentwicklung der Fehlbedarfe in der Planung 2017 bis 2021 wird hier noch einmal vorangestellt:

Die Beträge werden grundsätzlich in T€ dargestellt.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	-36.194	-25.616	-14.852	-10.054	-6.393	-4.118	1.082	1.170	3.547	4.203
Plan 2013	-36.194	-24.292	-10.525	-6.183	-1.735	-486	3.536	991	1.043	286
Plan 2014	-36.194	-24.292	-11.695	-11.652	-6.795	-3.180	1.421	132	993	1.103
Plan 2015	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-5.553	-2.259	2.093	986	1.001	1.106
Plan 2016	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-10.609	-660	6.095	6.103	6.271	6.413
Plan 2017	-36.194	-22.134	-11.695	-11.326	-10.609	-3.730	641	1.314	3.110	4.038

Die Zielvorgabe des Stärkungspaktes, ab 2018 den Haushaltsausgleich darzustellen, wird erreicht.

Entwicklung der Einzel-Daten der Finanzprojektion

Die Berechnung des aktuellen geometrischen Mittels mit dem Vergleich der bisherigen Werte für alle Bereiche ist als Anlage beigefügt. Hieraus ergibt sich nachvollziehbar die angewandte Berechnung der Steigerungsraten.

Steuern und ähnliche Abgaben

Zunächst einmal die Darstellung der Gesamtentwicklung der Haushaltsansätze) in der **Planung**:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	64.055	67.282	70.219	73.082	75.501	78.045	80.719	83.532	86.492	89.608
Plan 2013	64.055	66.621	68.682	70.871	73.168	74.931	76.752	78.634	80.579	82.591
Plan 2014	64.055	66.621	68.142	70.703	73.949	76.476	78.328	80.003	81.724	84.576
Plan 2015	64.055	64.482	68.142	72.684	75.846	78.425	81.189	83.145	85.163	88.323
Plan 2016	64.055	64.482	68.142	72.684	72.758	76.042	77.899	80.581	82.425	85.599
Plan 2017	64.055	64.482	68.142	72.684	72.758	75.440	78.989	81.399	84.252	87.490

Die Entwicklung bei der Gewerbesteuer ist erhebliche Schwankungen unterworfen, was sich insbesondere im Fortschreibungszeitraum bis 2021 auswirkt.

Es ist -entsprechend den Vorgaben im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes- eine getrennte Darstellung zu einzelnen Steuerbereichen notwendig, und zwar für Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und den sonstigen Steuern.

Grundsteuer A

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	18	18	18	18	18	18	18	19	19	19
Plan 2013	18	27	27	28	28	29	29	30	31	32
Plan 2014	18	27	28	28	28	29	30	30	31	32
Plan 2015	18	26	27	26	26	26	26	27	28	29
Plan 2016	18	26	27	26	26	26	26	26	27	28
Plan 2017	18	26	27	26	26	26	26	26	26	27

Entwicklung der Orientierungsdaten

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2018				1,8	1,8	1,7	1,7			
OD bis 2019					1,3	1,3	1,3	1,3		
OD bis 2020						1,3	1,2	1,3	1,2	

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	1,53	1,88	2,74	3,52	4,28	5,00

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2018		27	28	28	29	29				
OD bis 2019					26	26	27	27		
OD bis 2020						26	26	27	27	
Geo-Mittel ab 2020										28
individuelle Fortschreibung	18	26	27	26	26	26	26	26	26	27

Basiswert Ansatz 2017 = Ansatz 2016

Finanzplanungszeitraum: auf Grund örtlicher Erfahrung keine Steigerung zu erwarten, daher keine Berücksichtigung der Steuerschätzung 11/16

2021: geometrisches Mittel

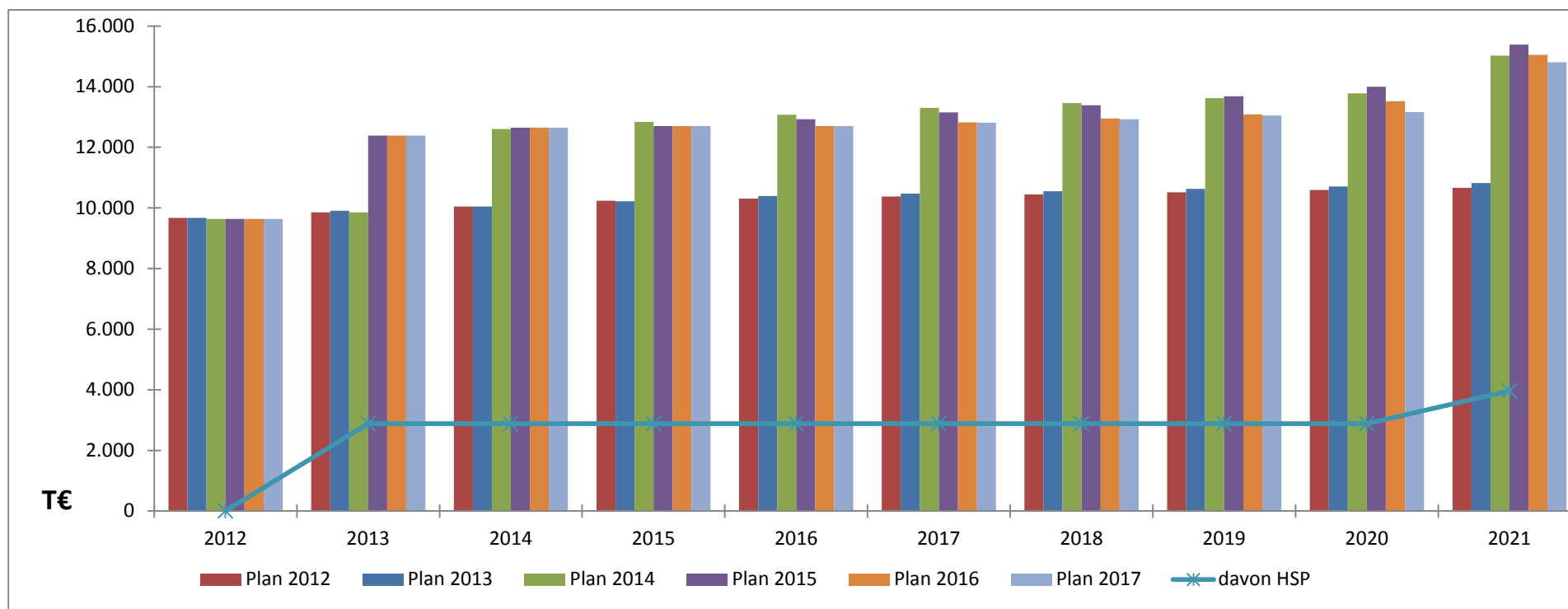
Die Umsetzung von HSP-Maßnahmen war nicht zu berücksichtigen

Grundsteuer B

ist wie folgt in der Planprojektion enthalten:

Ab 2014 sind hier auch die Hebesatzerhöhungen aus dem Haushaltssanierungsplan eingerechnet (2013 = 690 v.H., 2021 = 750 v.H.)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	9.668	9.858	10.043	10.233	10.304	10.375	10.446	10.518	10.590	10.663
Plan 2013	9.668	9.910	10.049	10.220	10.395	10.473	10.552	10.631	10.710	10.822
Plan 2014	9.635	9.850	12.600	12.840	13.070	13.300	13.458	13.618	13.780	15.024
Plan 2015	9.635	12.384	12.645	12.696	12.922	13.148	13.384	13.686	13.996	15.392
Plan 2016	9.635	12.384	12.645	12.697	12.697	12.823	12.949	13.079	13.515	15.045
Plan 2017	9.635	12.384	12.645	12.697	12.697	12.812	12.928	13.044	13.161	14.802
davon HSP	0	2.880	2.880	2.880	2.880	2.880	2.880	2.880	2.880	3.960
Abweichung zu Plan 2012	-33	-354	-278	-416	-487	-443	-398	-354	-309	179



Entwicklung der Orientierungsdaten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		2,4	1,9	1,9	1,8					
OD bis 2017			1,8	1,8	1,8	1,8				
OD bis 2018				1,8	1,8	1,7	1,7			
OD bis 2019					1,3	1,3	1,3	1,3		
OD bis 2020						1,3	1,2	1,3	1,2	

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	0,69	0,75	1,19	2,26	3,33	4,26

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		9.635	9.818	10.005	10.185					
OD bis 2017		12.375	12.598	12.825	13.055	13.290				
OD bis 2018			12.425	12.649	12.876	13.095	13.318			
OD bis 2019					12.697	13.983	14.165	14.349		
OD bis 2020						12.812	12.966	13.134	13.292	
Geo-Mittel 2021										14.938
individuelle Fortschreibung	9.635	12.384	12.645	12.697	12.697	12.812	12.928	13.044	13.161	14.802

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017 = vorauss. Ergebnis 2016

Finanzplanungszeitraum: Steigerungsrate 0,9 %, mehrjährige örtliche Erfahrung, keine Anpassung an Steuerschätzung 11/16

2021: geometrisches Mittel und Hebesatzerhöhung 2021

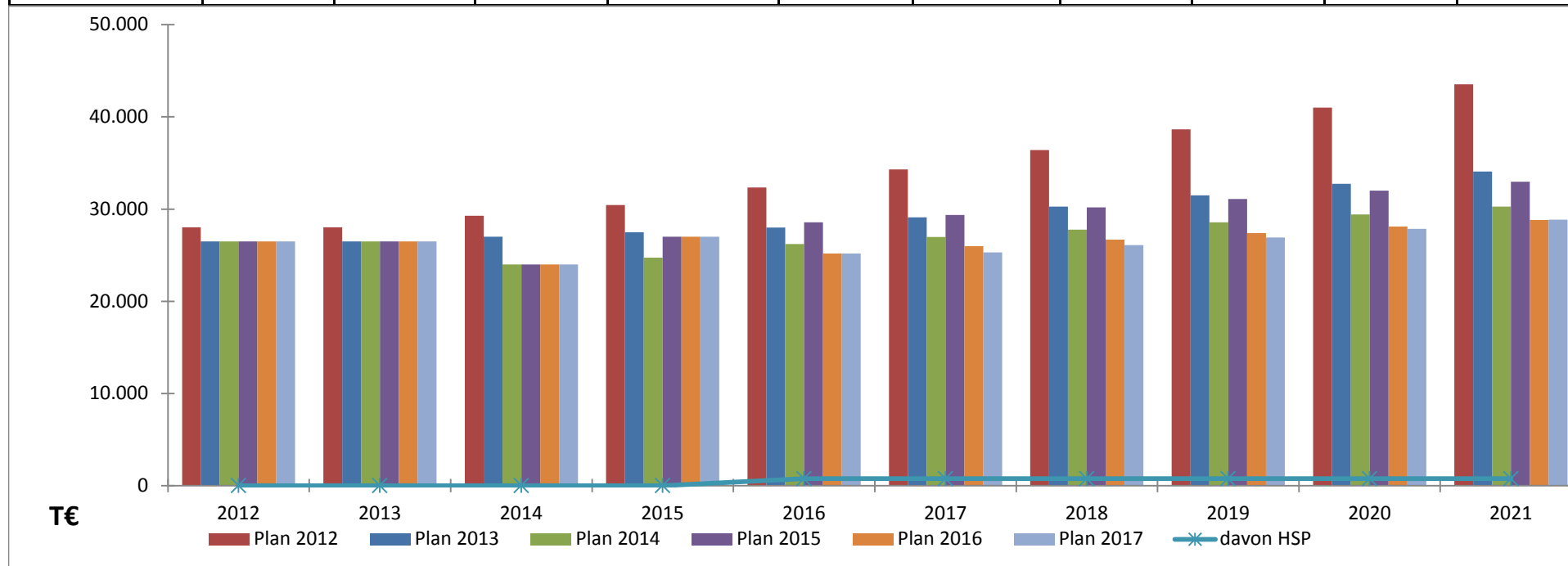
Es wurde ein Hebesatz von 690 v.H. und für 2021 von 750 v.H. berücksichtigt.

Gewerbsteuer

ist wie folgt in der Planprojektion enthalten:

Die Hebesatzerhöhungen aus dem Haushaltssanierungsplan sind eingerechnet.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	28.025	28.025	29.285	30.455	32.332	34.304	36.408	38.640	41.009	43.524
Plan 2013	26.500	26.500	27.000	27.500	28.000	29.120	30.285	31.496	32.756	34.066
Plan 2014	26.500	26.500	24.000	24.720	26.212	26.975	27.762	28.573	29.407	30.267
Plan 2015	26.500	26.500	24.000	27.000	28.560	29.360	30.182	31.084	32.014	32.971
Plan 2016	26.500	26.500	24.000	27.000	25.200	25.981	26.682	27.402	28.106	28.829
Plan 2017	26.500	26.500	24.000	27.000	25.200	25.289	26.098	26.907	27.849	28.846
davon HSP	0	0	0	0	750	750	750	750	750	750
Abweichung zu Plan 2012	-1.525	-1.525	-5.285	-3.455	-7.882	-9.765	-11.060	-12.483	-13.910	-15.428



Entwicklung der Orientierungsdaten

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		4	4,2	3,9	3,4					
OD bis 2017			3,3	3,1	3	2,9				
OD bis 2018				4	3	2,8	2,8			
OD bis 2019					3,9	3,1	2,7	2,7		
OD bis 2020						11,3	2,9	3	3,5	

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	6,13	5,19	3,59	2,99	2,57	3,73

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		26.500	27.534	28.470	28.470					
OD bis 2017		23.000	23.713	24.424	25.883	26.633				
OD bis 2018			24.000	27.000	28.560	29.360	30.182			
OD bis 2019					25.200	25.981	26.683	27.403		
OD bis 2020						25.288	26.021	26.802	27.740	
Geo-Mittel ab 2020										28.775
individuelle Fortschreibung						25.289	26.098	26.907	27.849	28.846

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: Durchschnitt Ergebnisse seit 2008 einschl. des zu erwartenden Ergebnisses 2016, Stand 09/16

Finanzplanungszeitraum: Fortschreibung in **Anlehnung an OD**, keine Berücksichtigung der Steuerschätzung 11/16

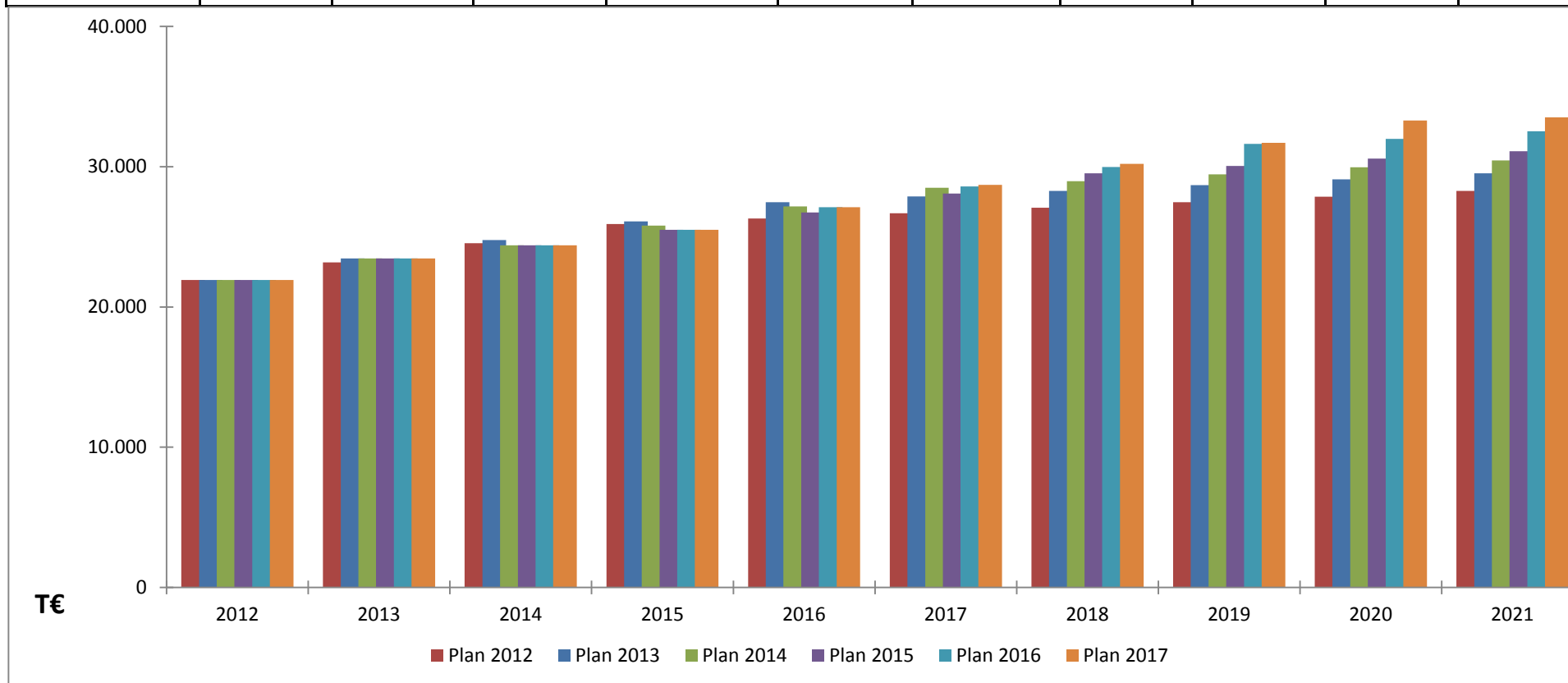
2021: Fortschreibung knapp unterhalb des geometrischen Mittels

Es wurde ein Hebesatz von 495 v.H. berücksichtigt.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

ist wie folgt in der Planprojektion enthalten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	21.932	23.182	24.550	25.925	26.303	26.686	27.075	27.470	27.871	28.277
Plan 2013	21.932	23.456	24.768	26.102	27.480	27.878	28.282	28.692	29.109	29.531
Plan 2014	21.932	23.456	24.406	25.797	27.165	28.496	28.974	29.461	29.956	30.459
Plan 2015	21.932	23.456	24.406	25.510	26.735	28.098	29.531	30.048	30.574	31.109
Plan 2016	21.932	23.456	24.406	25.510	27.113	28.604	29.977	31.630	31.984	32.531
Plan 2017	21.932	23.456	24.406	25.510	27.113	28.700	30.200	31.700	33.300	33.521
Abweichung zu Plan 2012	0	274	-144	-415	810	2.014	3.125	4.230	5.429	5.244



Entwicklung der Orientierungsdaten

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		6,2	5,5	5,3	5,2					
OD bis 2017			5,7	5,7	5,3	4,9				
OD bis 2018				5,7	4,8	5,1	5,1			
OD bis 2019					4,1	4,7	5,4	4,8		
OD bis 2020						3,8	5,0	4,9	5,0	
Steuersch. 11/16						4,9	4,9	5,1	5,1	

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	1,46	1,45	1,68	1,75	1,71	1,9

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016	21.932	23.456	24.746	26.058	27.413					
OD bis 2017		23.456	24.793	26.206	27.595	28.947				
OD bis 2018			24.406	25.486	26.709	27.647	29.057			
OD bis 2019					27.113	28.387	29.920	31.356		
OD bis 2020						28.442	29.864	31.327	32.894	
Steuersch. 11/16						28.700	30.106	31.642	33.255	33.933
individuelle Fortschreibung	21.932	23.456	24.406	25.510	27.113	28.700	30.200	31.700	33.300	33.521

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: Ansatzbildung 2017 unter Berücksichtigung der Entwicklung bis 11/2016

Finanzplanungszeitraum: in Anlehnung an Orientierungsdaten bis 2020 sowie Steuerschätzung 11/16

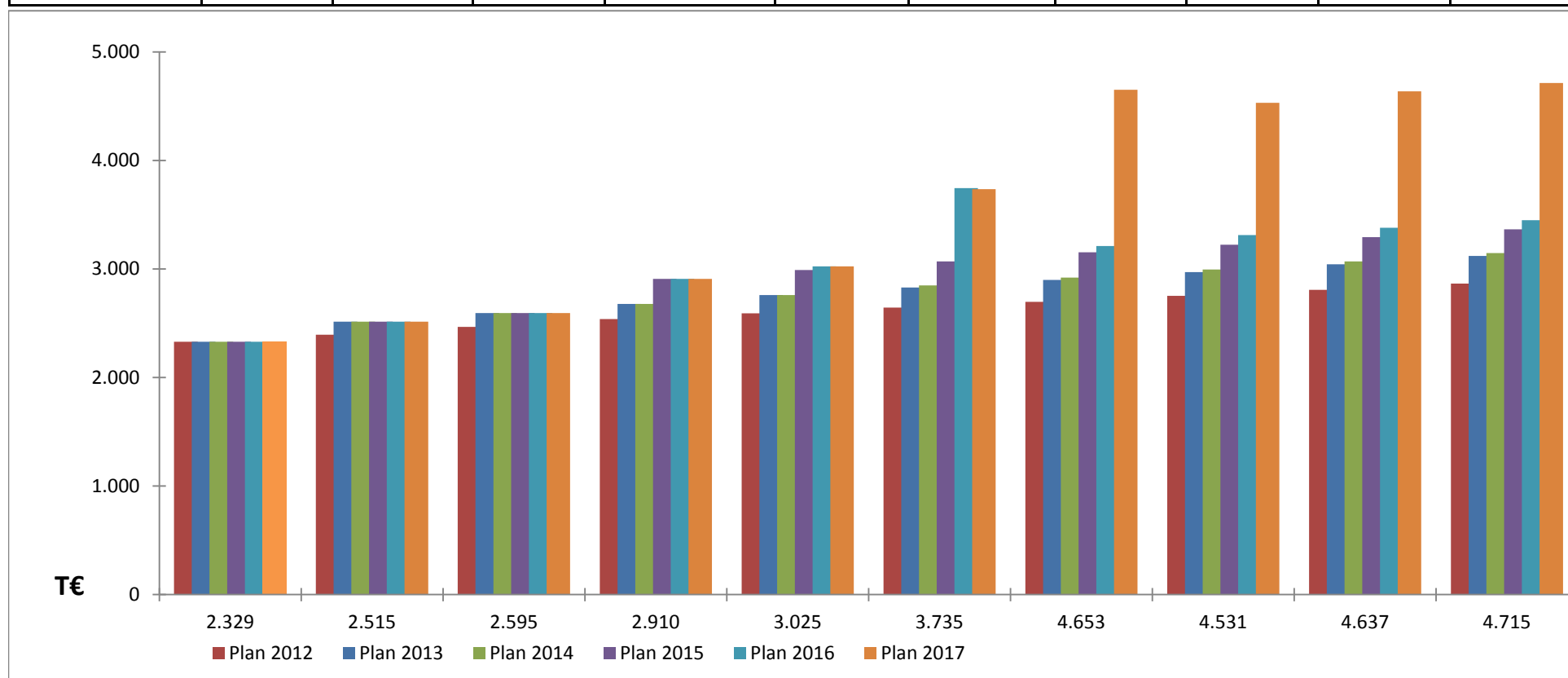
2021: Fortschreibung knapp unterhalb des geometrischen Mittels

Erkenntnisse, die eine abweichende Ansatzbildung rechtfertigen, liegen zur Zeit nicht vor

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

ist wie folgt in der Planprojektion enthalten:

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	2.329	2.394	2.466	2.540	2.592	2.644	2.698	2.753	2.808	2.865
Plan 2013	2329	2.515	2.595	2.678	2.761	2.829	2.899	2.972	3.045	3.121
Plan 2014	2.329	2.515	2.595	2.678	2.761	2.850	2.921	2.995	3.070	3.147
Plan 2015	2.329	2.515	2.595	2.910	2.990	3.070	3.155	3.224	3.294	3.366
Plan 2016	2.329	2.515	2.595	2.910	3.025	3.745	3.213	3.312	3.380	3.449
Plan 2017	2.329	2.515	2.595	2.910	3.025	3.735	4.653	4.531	4.637	4.715
Abweichung zu Plan 2012	0	121	129	370	433	1.091	1.955	1.778	1.829	1.850



Entwicklung der Orientierungsdaten

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		3,5	3,1	3,2	3,2					
OD bis 2017			3,3	3,2	3,1	3				
OD bis 2018				3,9	3,3	3,1	3,2			
OD bis 2019					3,9	23,8	-22,5	3,4		
OD bis 2020						24,1	17,6	2,3	2,3	

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	2,03	2,48	2,51	2,42	2,26	2,45

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016	2.329	2.515	2.593	2.676	2.762					
OD bis 2017	2.329	2.515	2.598	2.681	2.764	2.847				
OD bis 2018	2.329	2.515	2.595	2.696	2.785	2.872	2.963			
OD bis 2019					3.025	3.745	2.902	3.001		
OD bis 2020						3.723	4.378	4.479	4.582	
Geo-Mittel 2021										4.694
individuelle Fortschreibung	2.329	2.515	2.595	2.910	3.025	3.735	4.653	4.531	4.637	4.715

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: vorauss. Ergebnis 2016

Finanzplanungszeitraum: Orientierungsdaten bis 2020, Steuerschätzung sowie gesetzliche Regelung zum 5-Mrd-Anteil

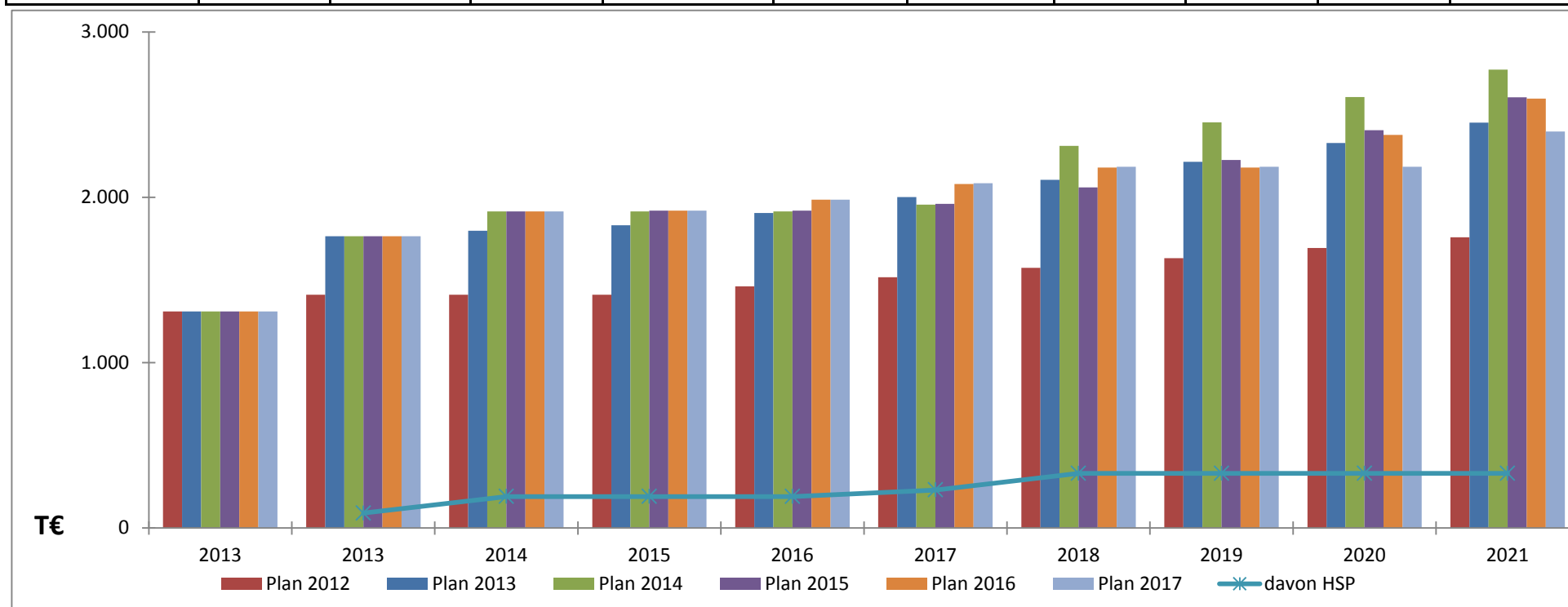
2021: Anwendung geometrisches Mittel nur bezogen auf Grundansatz ohne "Anteil Bundesentlastung"

Die OD berücksichtigen die kommunalen Anteile an dem 5-Mrd-€-Paket des Bundes; die Steuerschätzung aus 11/16 nicht; dafür liegen jetzt die gesetzliche Regelung vor; 2018 = + 1,7 Mio €, folgend +1,5 Mio €

Sonstige Steuern (Hundesteuer, Vergnügungssteuer)

Die Hebesatzerhöhungen aus dem Haushaltssanierungsplan sind ab Plan 2014 eingerechnet.

	2013	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	1.310	1.410	1.410	1.410	1.462	1.517	1.573	1.632	1.694	1.758
Plan 2013	1.310	1.765	1.798	1.831	1.905	2.002	2.105	2.214	2.329	2.452
Plan 2014	1.310	1.765	1.915	1.915	1.915	1.955	2.311	2.453	2.606	2.772
Plan 2015	1.310	1.765	1.915	1.920	1.920	1.960	2.060	2.225	2.406	2.604
Plan 2016	1.310	1.765	1.915	1.920	1.985	2.080	2.180	2.180	2.378	2.597
Plan 2017	1.310	1.765	1.915	1.920	1.985	2.085	2.185	2.185	2.185	2.398
davon HSP		90	190	190	190	230	330	330	330	330
Abweichung zu Plan 2012			315	320	333	338	282	223	161	310



Die Orientierungsdaten sehen hierfür keine Steigerungen vor.

Entwicklung des geometrischen Mittels (Vergnügungssteuer / Hundesteuer)

Planung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	4,91/1,52	6,4 / 1,71	8,5 / 1,59	10,05/ 1,82	11,28/2,31	12,03/2,72

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ansatz 2017						2.085	2.185	2.185	2.185	2.398
davon HSP		90	190	190	190	230	330	330	330	330
individuelle Fortschreibung	einschl. HSP	1.765	1.915	1.920	1.985	2.085	2.185	2.185	2.185	2.398

In der Planung 2012 und 2013 sind die HSP-Daten noch nicht enthalten

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: **voraussichtliches Ergebnis 2016**

Finanzplanungszeitraum: individuelle Erwartung auf Grund der aktuellen Entwicklung

2021: geometrisches Mittel

abweichende örtliche Daten unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahmen

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Hier zunächst eine Gesamtdarstellung

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	68.587	66.097	68.615	69.498	70.606	71.739	72.899	72.440	72.009	71.842
Plan 2013	68.587	69.904	75.084	77.023	79.191	80.458	81.458	79.828	77.941	78.550
Plan 2014	68.587	69.904	82.810	80.764	83.123	85.516	87.416	86.105	84.855	84.132
Plan 2015	68.587	69.904	82.810	84.762	86.207	88.801	91.160	90.486	88.489	87.815
Plan 2016	68.587	69.904	82.810	84.762	91.195	96.198	99.509	97.228	96.420	96.115
Plan 2017	68.587	69.904	82.810	84.762	91.195	103.947	101.723	99.089	99.021	99.567

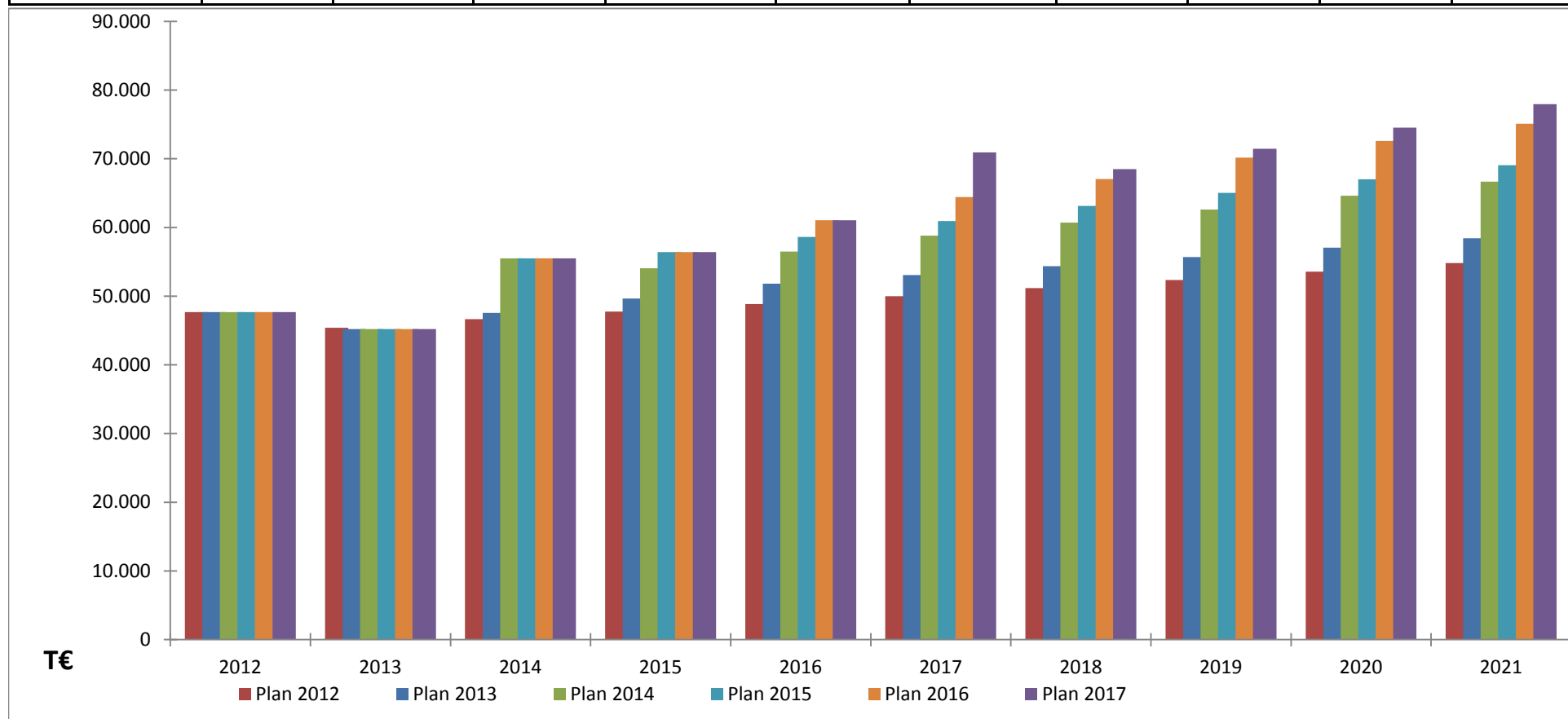
Erläuterungen zu den Abweichungen s. folgende Einzeldarstellungen

Die Schlüsselzuweisungen machen einen Anteil an den ordentlichen Erträgen aus von:

2017 = 28,8 %

Schlüsselzuweisungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	47.673	45.417	46.666	47.763	48.870	50.004	51.163	52.350	53.564	54.806
Plan 2013	47.673	45.199	47.549	49.642	51.826	53.085	54.375	55.697	57.050	58.436
Plan 2014	47.673	45.199	55.497	54.075	56.508	58.825	60.696	62.626	64.617	66.672
Plan 2015	47.673	45.199	55.497	56.398	58.625	60.941	63.135	65.048	67.019	69.050
Plan 2016	47.673	45.199	55.497	56.398	61.065	64.424	67.065	70.150	72.600	75.100
Plan 2017	47.673	45.199	55.497	56.398	61.065	70.931	68.511	71.468	74.540	77.947
Abweichung zu Plan 2012	0	-218	8.831	8.635	12.195	20.927	17.348	19.118	20.976	23.141



Entwicklung der Orientierungsdaten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		2,8	7,4	3,9	4,2					
OD bis 2017			8,3	3	4,5	4,1				
OD bis 2018				1,6	4,9	4,9	4,2			
OD bis 2019					3,3	5,5	4,1	4,6		
OD bis 2020						1,7	6,4	4,3	4,3	

Ab 2018 enthält das Land aus dem 5-Mrd-Paket des Bundes einen erhöhten Umsatzsteueranteil, der in die Schlüsselmasse einfließen soll. Damit würde nach derzeitigem Stand die Steigerung 2018 8,8 % betragen.

Entwicklung des geometrischen Mittels

Planung 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	2,32	2,43	3,18	3,03	4,28	4,57

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		45.199	48.544	50.437	52.555					
OD bis 2017		45.199	48.951	50.419	52.688	54.848				
OD bis 2018				56.398	59.162	62.060	64.667			
OD bis 2019					61.065	64.424	67.065	70.150		
OD bis 2020						70.931	75.471	79.395	82.809	
Geo-Mittel 2021										86.593
individuelle Fortschreibung	47.673	45.199	55.497	56.398	61.065	70.931	68.511	71.468	74.540	77.947

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: Modellrechnung GFG von 10/16

Finanzplanungszeitraum: Absenkung 2018 wegen "Einmaleffekt" Steuerrückzahlung im Referenzzeitraum für die GFG-Berechnung 2017
2021: geometrisches Mittel

Sonstige Transfererträge

Hier wurde in den Vorjahren über den gesamten Zeitraum ein gleichbleibender Ertrag von 623 T€ unterstellt.

Neu hin kommt ab 2017 die Erstattungen von Leistungen nach § 89d SGB VIII bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise.

Hier wird mit einem Erstattungs-Anteil von 50 % der aufgewendeten Kosten gerechnet.

2015 finden sich hier die Erstattungen des Landes für den Betrieb einer Notunterkunft "Asyl" für das Land.

Im Zeitraum 2017 bis 2020 wird hier zudem die Schuldendiensthilfe des Landes für das Projekt "Gute Schule 2020" erfasst.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich hier überwiegend um Gebühren (auch für kostenrechnende Einrichtungen).

Da die Kosten (Personal und Sach- und Dienstleistungen) steigen, wurde hier auch eine ganz leichte Ertragssteigerung unterstellt.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz wird nahezu gleichbleibend fortgeschrieben; im Finanzplanungszeitraum werden lediglich die Erhöhungen aus dem HSP erfasst.

Er ist mit rd. 2 Mio € als untergeordnet zu betrachten.

Hierin enthalten sind auch Mieten.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Ansatz, in den vorigen Jahren nahezu gleichbleibend, verändert sich deutlich durch die Erstattungen im Bereich "Asyl".

2016 ist die Erstattung auf 10 T€ pro Person gestiegen. Ab 2017 sind weitere kleinere Steigerungen zu erwarten.

Für die Folgejahre wird dann wieder mit rückgängigen Fallzahlen gerechnet.

Aktivierte Eigenleistungen

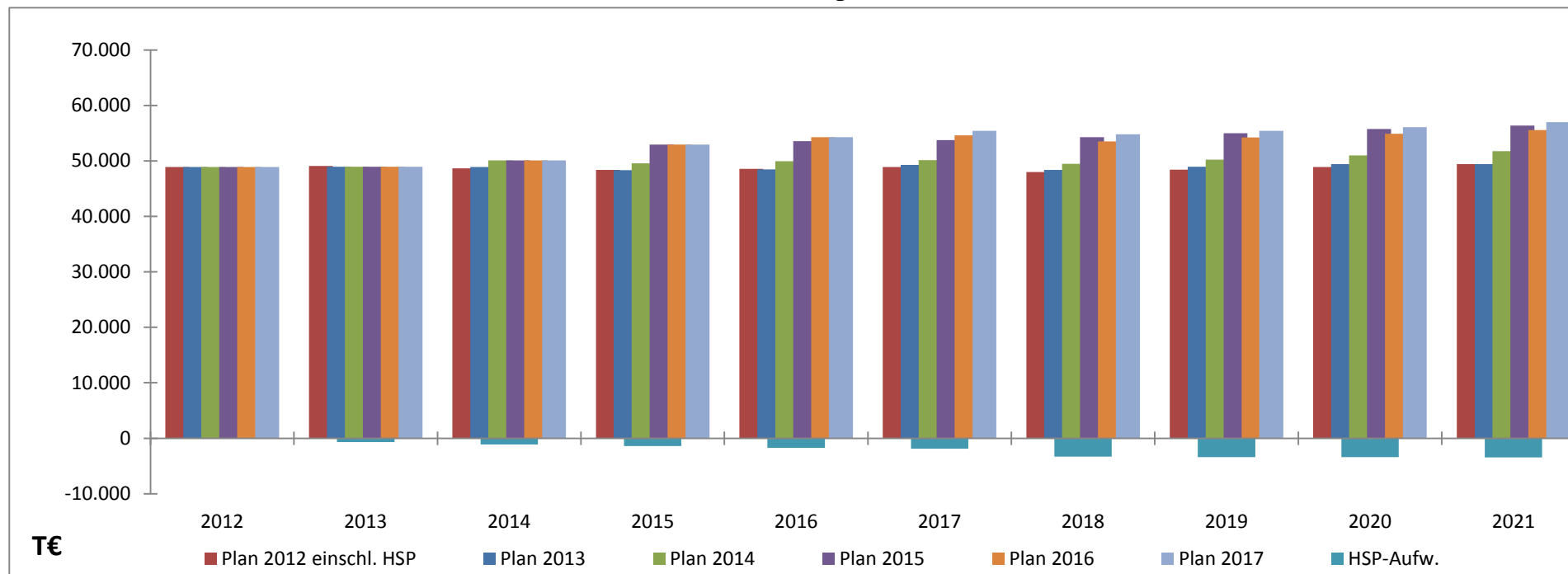
Im Finanzplanungszeitraum ergeben sich die Daten aus den Berechnungen entsprechend der Investitionstätigkeit, die deutlichen Veränderungen unterliegt.

Der Ansatz wird nach Ende des Finanzplanungsszeitraumes gleichbleibend fortgeschrieben, da der Umfang der Investitionstätigkeit für das Jahr 2021 noch nicht konkretisiert ist.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012 einschl. HSP	48.893	49.084	48.676	48.372	48.543	48.912	47.998	48.416	48.905	49.398
Plan 2013	48.893	48.949	48.912	48.311	48.468	49.288	48.377	48.939	49.402	49.402
Plan 2014	48.893	48.949	50.108	49.545	49.946	50.119	49.489	50.233	50.988	51.756
Plan 2015	48.893	48.949	50.108	52.921	53.577	53.747	54.258	54.974	55.767	56.353
Plan 2016	48.893	48.949	50.108	52.921	54.296	54.616	53.536	54.234	54.895	55.550
Plan 2017	48.893	48.949	50.108	52.921	54.296	55.419	54.776	55.412	56.101	56.999
HSP-Aufw.		-704	-1.095	-1.403	-1.730	-1.863	-3.286	-3.381	-3.409	-3.440
Abweichung zu Plan 2012	0	-135	1.432	4.549	5.753	6.507	6.778	6.996	7.196	7.601
Stand ohne HSP		49.653	51.203	54.324	56.026	56.479	56.822	57.615	58.304	58.990

Im Plan 2012 waren die HSP-Maßnahmen zunächst noch nicht berücksichtigt.



Entwicklung der Orientierungsdaten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		2	1	1	1					
OD bis 2017			1	1	1	1				
OD bis 2018				2	1	1	1			
OD bis 2019					2	1	1	1		
OD bis 2020						2	1	1	1	

Entwicklung des geometrischen Mittels: nicht vorgesehen

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		48.949	49.438	49.933	50.432					
OD bis 2017 *)		48.949	49.438	49.933	50.432	50.937	51.446	51.960	52.480	53.005
OD bis 2018 *)			50.108	51.110	51.621	52.137	52.659	53.185	53.717	54.254
OD bis 2019 *)				52.921	54.296	54.839	55.388	55.942	56.501	57.066
OD bis 2020 *)					54.296	55.382	55.936	56.495	57.060	57.631
individuelle Fortschreibung *2)		48.949	50.108	52.921	54.296	55.419	54.776	55.412	56.101	56.999
Steigerung			2,37%	5,61%	2,60%	2,07%	-1,16%	1,16%	1,24%	1,60%

*) hierin sind nicht die jährlich steigenden Reduzierungen aus dem HSP berücksichtigt, 2021 insgesamt = rd. 3,4 Mio. €

*2) die individuelle Fortschreibung berücksichtigt die Veränderungen aus dem HSP sowie bereits beschlossene Tarif- und Gehaltssteigerungen

Durchschnittssteigerung 2013 bis 2021 in der Planung 2017:

1,94%

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: **aktualisierte Berechnung des Bedarfes ab 2017**

Finanzplanungszeitraum: individuell, mit Berücksichtigung HSP

2021: individuell, mit Berücksichtigung HSP

Weitere personalwirtschaftliche Einschnitte, die über das HSP hinausgehen, erscheinen (Ausweitung Entwicklung Asylbereich) derzeit unrealistisch.

Ohne Umsetzung der HSP-Maßnahmen würde der Personalaufwand 2021 einen Umfang von **23,8 %**

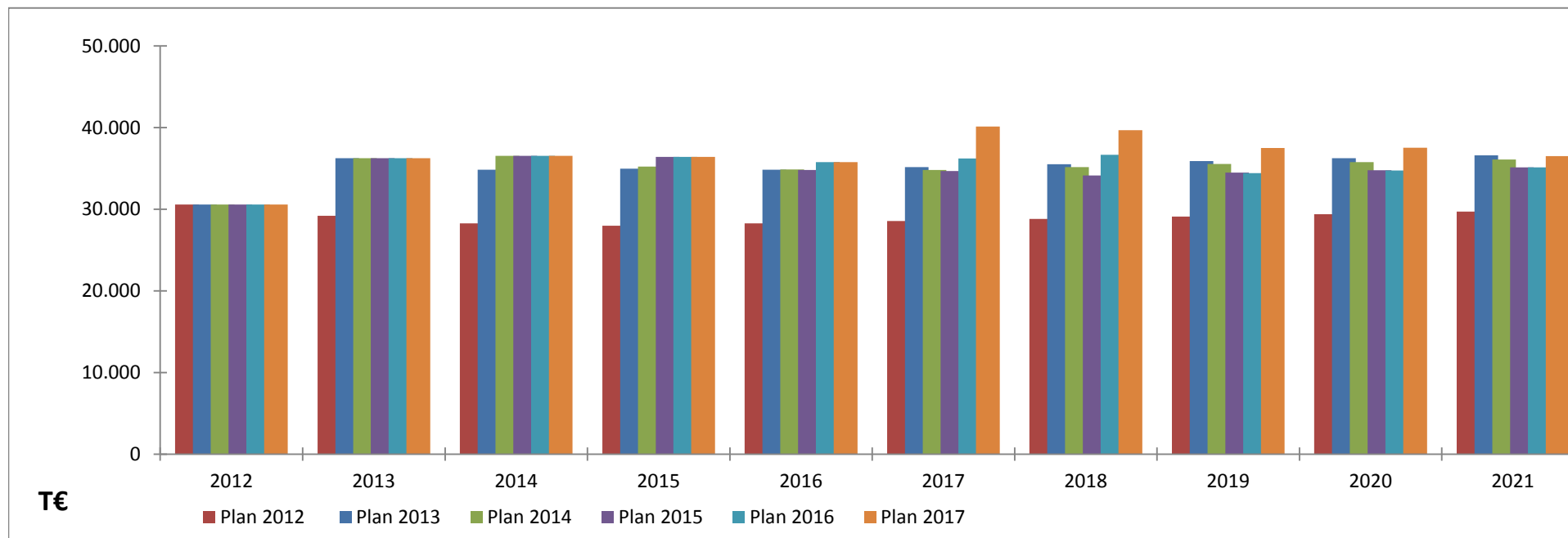
des ordentlichen Aufwandes ausmachen, mit HSP **23,0 %**

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	30.592	29.193	28.267	27.983	28.263	28.546	28.831	29.119	29.411	29.705
Plan 2013	30.592	36.270	34.837	34.967	34.834	35.183	35.534	35.890	36.248	36.611
Plan 2014	30.592	36.270	36.543	35.220	34.894	34.823	35.175	35.550	35.767	36.093
Plan 2015	30.592	36.270	36.543	36.409	34.800	34.689	34.151	34.492	34.782	35.129
Plan 2016	30.592	36.270	36.543	36.409	35.788	36.237	36.677	34.439	34.747	35.139
Plan 2017	30.592	36.270	36.543	36.409	35.788	40.154	39.689	37.500	37.529	36.507
Abweichung zu Plan 2012*		7.077	8.276	8.426	7.525	11.608	10.858	8.381	8.118	6.802

(*insbesondere durch Verschiebung der Kostenzuordnung, siehe Transferaufwand, Beiträge Emschergenossenschaft)

Im Plan 2012 sind die HSP-Maßnahmen noch nicht berücksichtigt; ein Einzelausweis ist nicht möglich.



Ab 2018: Wirkung einer zusätzlichen HSP-Maßnahme ein, zeitgleich Maßnahmen nach dem KInvFöG NRW und "Gute Schule 2020"

Entwicklung der Orientierungsdaten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		1	1	1	1					
OD bis 2017			1	1	1	1				
OD bis 2018				1	1	1	1			
OD bis 2019					1	1	1	1		
OD bis 2020						1	1	1	1	

Entwicklung des geometrischen Mittels

hierfür nicht vorgesehen

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016	30.592	36.270	36.633	36.999	37.369					
OD bis 2017	30.592	36.270	36.543	36.908	37.278	37.650	38.027	38.407	38.791	39.179
OD bis 2018	30.592	36.270	36.543	35.754	36.112	36.473	36.837	37.206	37.578	37.954
OD bis 2019	30.592	36.270	36.543	35.754	35.788	36.146	36.507	36.872	37.241	37.614
OD bis 2020	30.592	36.270	36.543	35.754	35.788	36.146	36.507	36.872	37.241	37.614
individuelle Fortschreibung	30.592	36.270	36.543	36.409	35.788	40.154	39.689	37.500	37.529	36.507

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

Basiswert Ansatz 2017: Ergebnis der Beratungen / Umsetzung KInvFöG NRW 2017 rd. 560 T€, 2017-2020 je 1,3 Mio "Gute Schule"

Finanzplanungszeitraum: Ergebnis der Beratungen / 2018 rd. 2.300 T€ KInvFöG und 1.300 T€ "Gute Schule 2020",
zusätzliche HSP-Maßnahme ab 2018 sowie Aufwand zur Unterbringung / Integration von Flüchtlingen

2021: Annäherung an die Orientierungsdaten bei Wegfall "Gute Schule 2020"

Es gilt grundsätzlich die Regelung, dass Ansatzserhöhungen nur mit gesonderter Begründung im Einzelfall möglich sind.

Bilanzielle Abschreibungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	17.640	17.563	17.066	16.933	16.933	16.933	16.933	16.933	16.933	16.933
Plan 2013	17.640	17.370	16.879	16.759	16.938	16.938	16.938	16.938	16.938	16.938
Plan 2014	17.640	17.370	14.516	14.257	13.986	13.746	13.753	13.753	13.703	13.703
Plan 2015	17.640	17.370	14.516	14.574	14.299	14.073	13.591	13.494	13.455	13.451
Plan 2016	17.640	17.370	14.156	14.574	14.825	14.585	14.018	13.876	14.117	14.031
Plan 2017	17.640	17.370	14.156	14.574	14.825	14.867	14.610	14.455	14.165	14.175
Abweichung zu Plan 2012	0	-193	-2.910	-2.359	-2.108	-2.066	-2.323	-2.478	-2.768	-2.758

Im HSP war die Umsetzung einer Netto-Einsparung durch die Verlängerung der Gebäude-AfA in Höhe von 2 Mio € enthalten (Maßnahme Nr. 12); die Maßnahme wurde bereits 2012 umgesetzt, die Planung bis 2021 ergibt sich aus dem Anlagenbestand und den geplanten Veränderungen. Die geplanten Neuinvestitionen liegen regelmäßig unter der Abschreibungssumme.

Die umgesetzten Investitionen liegen jeweils deutlich unter der Planung.

Über den Finanzplanungszeitraum hinaus liegen ähnlich wie bei den aktivierten Eigenleistungen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Transferaufwendungen

Die **Transferaufwendungen** sind wie folgt in der Planprojektion enthalten:

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	105.202	105.929	104.265	104.740	106.217	107.669	109.031	110.667	110.220	111.904
Plan 2013	101.107	97.827	98.515	99.379	99.379	100.592	102.595	104.272	103.474	105.117
Plan 2014	101.107	97.827	98.771	99.623	100.396	101.304	101.315	101.836	100.622	101.641
Plan 2015	101.107	97.827	98.771	102.747	103.957	105.278	106.016	107.574	106.627	108.152
Plan 2016	101.107	97.827	98.771	102.727	113.613	117.790	117.839	120.041	119.843	122.129
Plan 2017	101.107	97.827	98.771	102.727	113.613	125.422	125.095	125.099	125.514	127.484
Abweichung zu Plan 2012	-4.095	-8.102	-5.494	-2.013	7.396	17.753	16.064	14.432	15.294	15.580

Für die Fortschreibung gilt:

Auf Grund der Tatsache, dass sich der Berechnungszeitraum für das geom. Mittel zunächst auf das kamerale und das doppelte Recht bezogen und im Bereich des Sozialtransfers nicht in allen Bereichen eine eindeutige Überleitung stattgefunden hat, wurde und wird auf die Ermittlung eines geom. Mittels verzichtet.

2016 waren bereits deutliche Steigerungen wegen der Entwicklung der Flüchtlingszahlen enthalten; ab 2019 wird ein Rückgang untestellt.

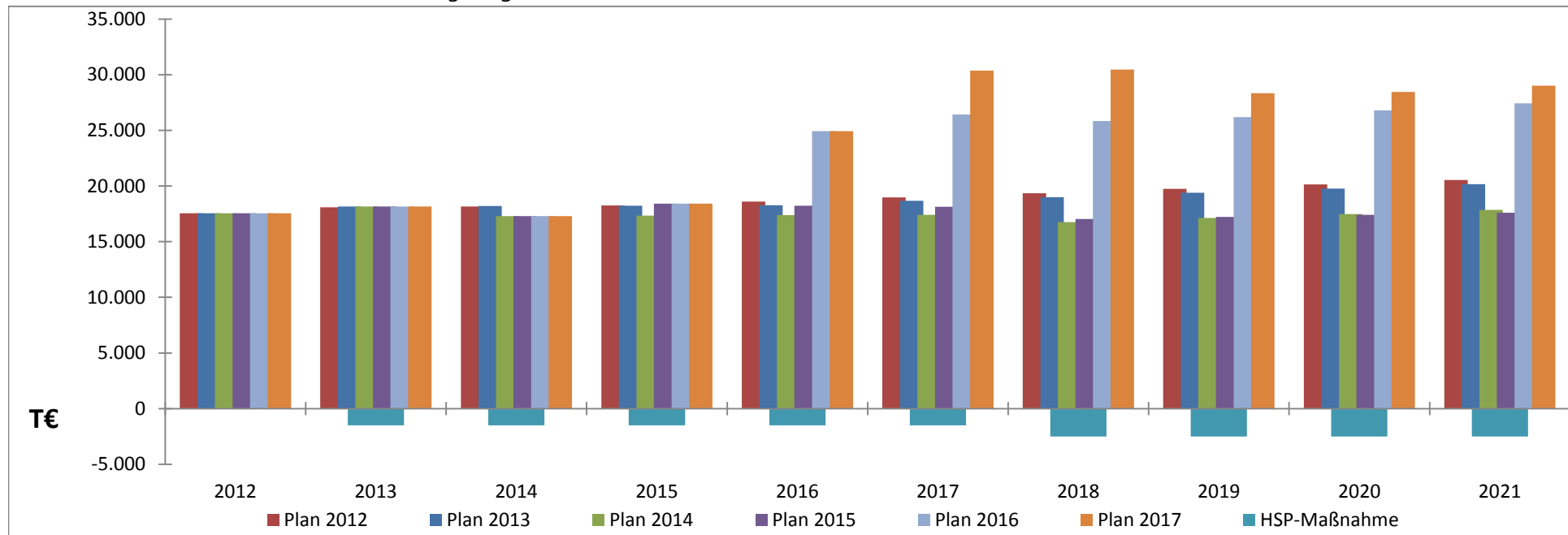
Gleichzeitig steigen die Kosten im Bereich der Jugendhilfe und die Kreisumlage erheblich.

Sozialtransferaufwendungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	17.551	18.101	18.172	18.244	18.609	18.981	19.361	19.748	20.143	20.546
Plan 2013	17.551	18.162	18.197	18.234	18.271	18.686	19.009	19.389	19.777	20.172
Plan 2014	17.551	18.162	17.304	17.345	17.387	17.420	16.767	17.122	17.484	17.853
Plan 2015	17.551	18.162	17.304	18.425	18.233	18.133	17.033	17.217	17.408	17.604
Plan 2016	17.551	18.162	17.304	18.425	24.943	26.433	25.853	26.189	26.805	27.436
Plan 2017	17.551	18.162	17.304	18.425	24.943	30.379	30.477	28.354	28.462	29.023
HSP-Maßnahme		-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
Abweichung zu Plan 2012			-868	181	6.334	11.398	11.116	8.606	8.319	8.477

Im Plan 2012 / 2013 sind die HSP-Maßnahmen noch nicht berücksichtigt.

Die Maßnahme Nr. 49 wurde in der Planung umgesetzt.



Entwicklung der Orientierungsdaten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		2	2	2	2					
OD bis 2017			2	2	2	2				
OD bis 2018				2	2	2	2			
OD bis 2019					2	2	2	2		
OD bis 2020						2	2	2	2	

Entwicklung des geometrischen Mittels

erfolgt hier nicht

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
OD bis 2016		18.162	18.525	18.896	19.274					
OD bis 2017		18.162	18.525	18.896	19.274	19.466	19.661	19.858	20.056	20.257
OD bis 2018		18.162	17.304	17.345	17.692	18.046	17.407	17.755	18.110	18.472
OD bis 2019				18.425	18.794	19.169	19.553	19.944	20.343	20.750
OD bis 2020					24.943	25.442	25.951	26.470	26.999	27.539
individuelle Fortschreibung	17.551	18.162	17.304	18.425	24.943	30.379	30.477	28.354	28.462	29.023

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

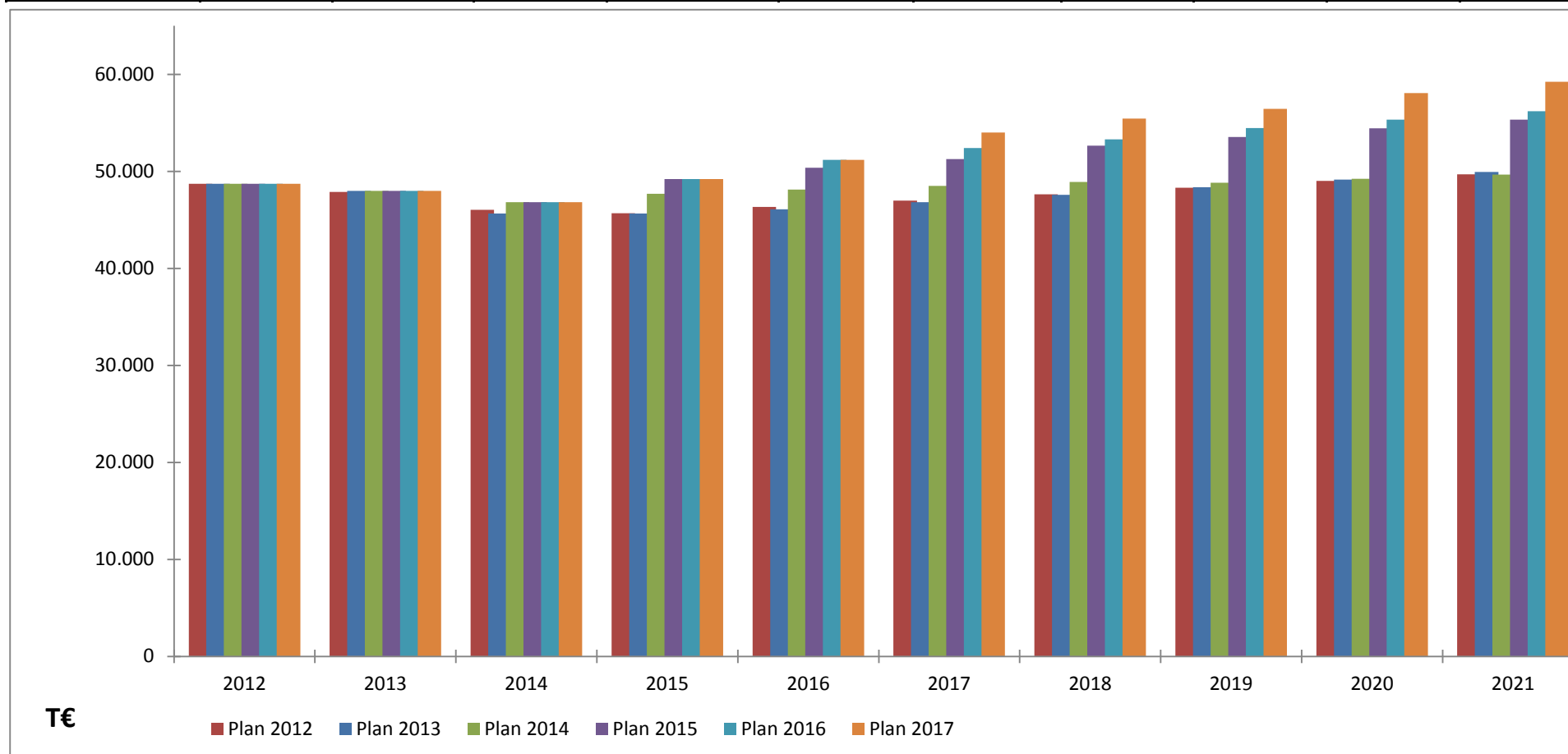
Basiswert Ansatz 2017: unter Berücksichtigung der Vorgaben aus den HSP-Maßnahmen sowie Kostensteigerungen Jugendhilfe u.a. durch unbegleitete Minderjährige und Asylbewerberbereich; siehe hierzu auch sonstige Transfererträge (§ 89d SGB VIII) sowie Kostenerstattung nach Flüchtlingsaufnahmegesetz

Finanzplanungszeitraum: überwiegend Fortschreibung nach individueller Beurteilung

2021: 2,00% entsprechend OD für den überwiegenden Teil der Einzelkonten

Kreisumlage einschl. Anteil ÖPNV-Umlage

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	48.727	47.886	46.046	45.673	46.318	46.973	47.639	48.315	49.003	49.701
Plan 2013	48.727	47.988	45.661	45.654	46.079	46.824	47.583	48.355	49.141	49.941
Plan 2014	48.727	47.988	46.810	47.688	48.106	48.503	48.915	48.812	49.233	49.662
Plan 2015	48.727	47.988	46.810	49.213	50.366	51.275	52.658	53.534	54.426	55.334
Plan 2016	48.727	47.988	46.810	49.213	51.182	52.408	53.300	54.450	55.326	56.205
Plan 2017	48.727	47.988	46.810	49.213	51.182	53.988	55.442	56.432	58.073	59.229



Die Entwicklung der Kreisumlage gibt deutlich Anlass zur Sorge.

Aus dem 5-Mrd-Paket des Bundes enthält die Stadt direkt nur Mittel über die Erhöhung der Umsatzsteuer. Der Kreis erhält die Entlastung für die Kosten der Unterkunft. Allerdings explodieren die Kosten für die Eingliederungshilfe weiterhin; der Umlagesatz des Landschaftsverbandes ist 2017 mit 17,3 % in der Planung des Kreises enthalten. Dieser Mehraufwand beim Kreis führt zu einer deutlichen Erhöhung der Kreisumlage.

Ermittlung des Fortschreibungsbetrages für die Stadt Gladbeck:

Beschreibung der gewählten Fortschreibung:

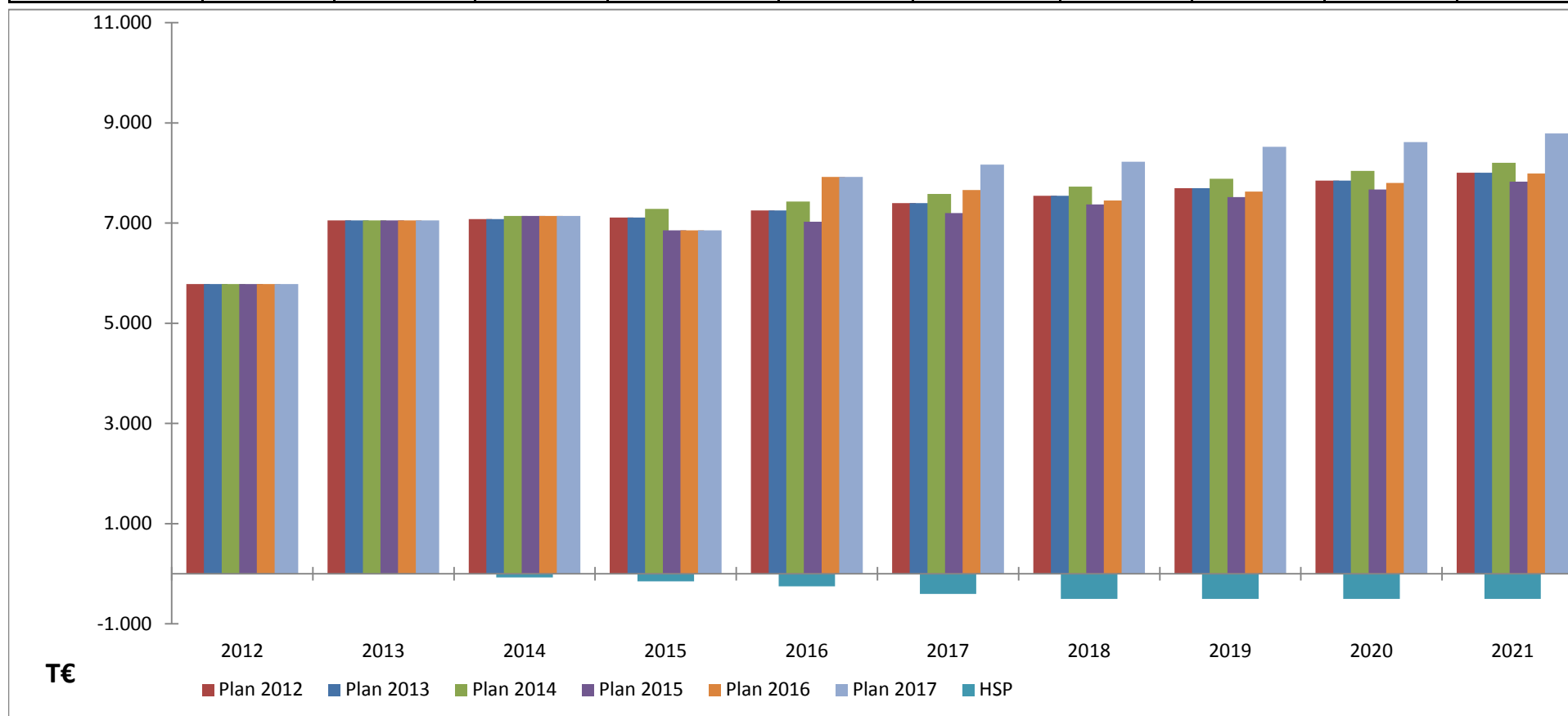
Basiswert Ansatz 2017: **Daten Kreishaushalt nach Beschluss über den Haushalt
einschl. Berücksichtigung des sich aus den Bescheiden 2016 ergebenden städtischen Anteils an der ÖPNV-
Umlage sowie der Umlagegrundlagen entsprechend GFG-Modellrechnung**

Finanzplanungszeitraum: s.o.

2021: s.o.

Finanzierungsbeteiligung Kosten der Unterkunft lt. Beteiligungssatzung

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	5.785	7.053	7.082	7.111	7.253	7.398	7.546	7.697	7.851	8.008
Plan 2013	5.785	7.053	7.081	7.111	7.253	7.398	7.546	7.697	7.851	8.008
Plan 2014	5.785	7.053	7.142	7.285	7.431	7.580	7.731	7.886	8.044	8.205
Plan 2015	5.785	7.053	7.142	6.857	7.026	7.199	7.375	7.522	7.672	7.826
Plan 2016	5.785	7.053	7.142	6.857	7.920	7.660	7.450	7.630	7.800	7.990
Plan 2017	5.785	7.053	7.142	6.857	7.920	8.167	8.225	8.525	8.619	8.792
HSP			-75	-150	-250	-400	-500	-500	-500	-500



Die Berechnung des auf die Stadt Gladbeck entfallenden Anteils der Kosten der Unterkunft ergibt sich aus dem beschlossenen Kreishaushalt unter Berücksichtigung des Anteils der Stadt Gladbeck aus der Abrechnung für 2015.

Die eingeplante Haushaltssanierungsmaßnahme unterstellt, dass der Umstieg auf die Rechtsform "Optionskommune" durch den Kreis örtlich stärkeren Einfluss auf die Klienten ermöglicht und damit Einsparungen im Kreis möglich sind.

Negativ wirkt sich hier aus, dass durch Rechtsänderungen (s.u.a. Zuordnung Asylbewerber) die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften gestiegen ist, was bei der Planung 2012 nicht absehbar war.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

hier ergeben sich keine Vorgaben aus dem Orientierungsdatenerlass oder der Berechnung des geometrischen Mittels.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	10.171	2.677	1.458	231	-880	-1.640	-4.555	-4.704	-4.892	-5.080
Plan 2013	10.171	2.715	1.447	250	-861	-1.459	-4.209	-4.188	-4.204	-4.216
Plan 2014	10.171	2.715	9.397	8.527	8.583	8.638	8.354	8.503	8.558	8.676
Plan 2015	10.171	2.715	9.397	8.918	8.325	8.286	8.153	8.270	8.355	8.440
Plan 2016	10.171	2.715	9.937	8.918	12.389	12.934	13.002	13.225	13.494	13.735
Plan 2017	10.171	2.715	9.937	8.918	12.389	11.908	10.441	8.558	8.593	8.707

Die veranschlagten Beträge werden für mit 1 % fortgeschrieben.

Eine Vergleichbarkeit hier ist allerdings deutlich dadurch eingeschränkt, dass in dieser Summe 2012 und 2013 viele HSP-Maßnahmen mit Einsparvorgabe enthalten waren.

Die deutliche Steigerung im Plan 2016 war auf die individuelle Einplanung von Kosten für Container-Unterkünfte für Asylbewerber zurückzuführen. Die Entwicklung ist jetzt besser einschätzbar; ab 2019 soll auf angemietete Container verzichtet werden.

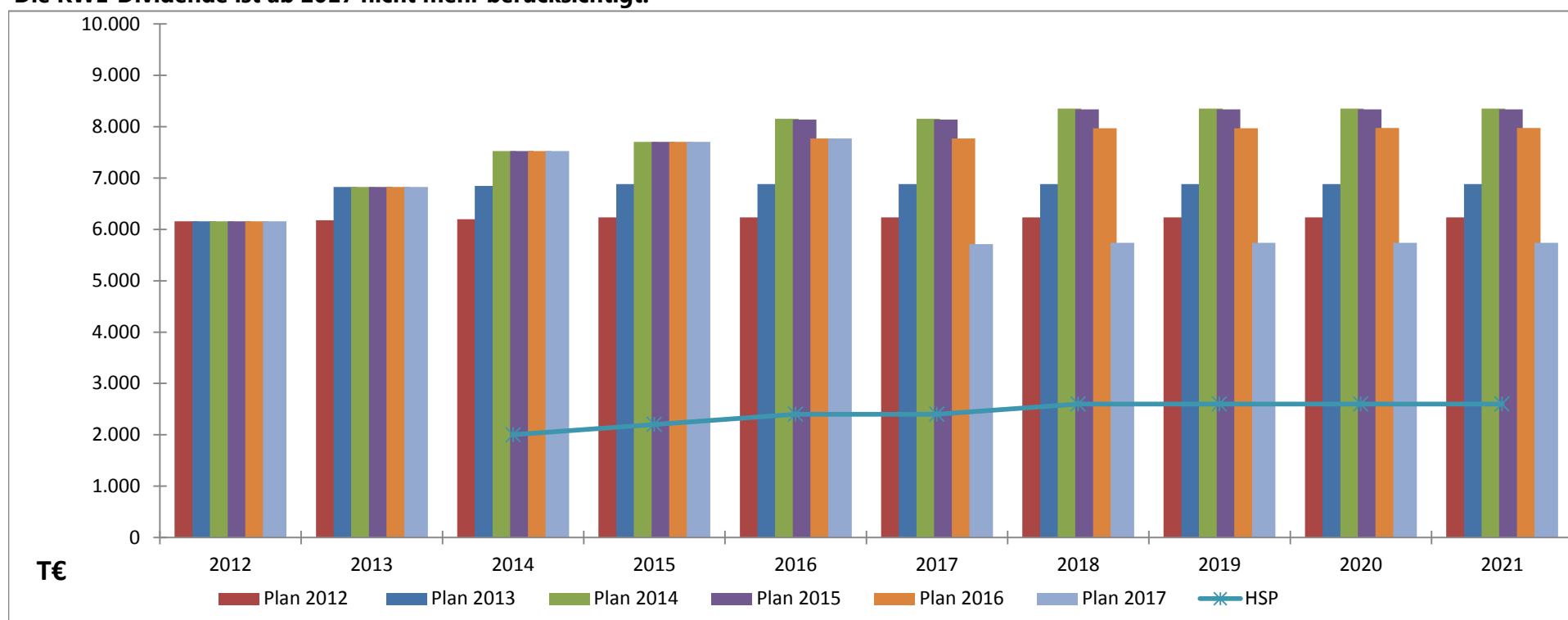
Weitere Veränderungen ergeben sich z.B. aus der Kostenreduzierung für das Neue Rathaus, Wegfall von Rückstellungen für Prozeßzinsen

Finanzerträge

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	6.155	6.178	6.198	6.234	6.234	6.234	6.234	6.234	6.234	6.234
Plan 2013	6.155	6.828	6.848	6.884	6.884	6.884	6.884	6.884	6.884	6.884
Plan 2014	6.155	6.828	7.525	7.705	8.155	8.155	8.355	8.355	8.355	8.355
Plan 2015	6.155	6.828	7.525	7.705	8.136	8.136	8.336	8.336	8.336	8.336
Plan 2016	6.155	6.828	7.525	7.705	7.772	7.772	7.972	7.972	7.973	7.973
Plan 2017	6.155	6.828	7.525	7.705	7.772	5.711	5.741	5.741	5.741	5.741
HSP			2.000	2.200	2.400	2.400	2.600	2.600	2.600	2.600

Die HSP-Maßnahmen 14.2 und 14.3 waren 2012 / 2013 noch nicht bei den Finanzerträgen erfasst.

Die RWE-Dividende ist ab 2017 nicht mehr berücksichtigt.



Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plan 2012	6.441	7.481	8.091	8.501	8.501	8.501	8.501	8.501	8.501	8.501
Plan 2013	6.441	7.281	9.003	9.624	10.131	10.152	10.152	10.152	10.152	10.152
Plan 2014	6.441	7.281	7.031	7.412	7.977	8.393	8.313	8.193	8.033	7.873
Plan 2015	6.441	7.281	7.031	7.444	7.729	8.074	8.224	8.108	7.948	7.787
Plan 2016	6.441	7.281	7.031	7.444	7.355	7.671	7.842	7.819	8.267	8.097
Plan 2017	6.441	7.281	7.031	7.444	7.355	7.677	5.798	7.575	7.415	7.255
HSP		-50	-280	-530	-450	-430	-510	-630	-790	-950
Abweichung zu Plan 2012	0	-200	-1.060	-1.057	-1.146	-824	-2.703	-926	-1.086	-1.246



Die HSP-Maßnahme 16 war 2012 / 2013 noch nicht bei den Finanzaufwendungen erfasst.

Zu bedenken ist weiterhin, dass in den Finanzaufwendungen auch z.B. die Zinsen für die Investitionskredite enthalten sind, z.B. auch für die Erhöhung der Beteiligung an der ELE und für das Heisenberg-Gymnasium.

Die Zinsen für Liquiditätskredite befinden sich auf einem historisch niedrigen Niveau.

Der volumengewichtete Durchschnittzinssatz betrug zum 30.06.2014 1,30 % p.a., zum 30.06.2015 sind es 1,29 % und zum 30.06.2016 0,8 % p.a..

Eine Zinsbindung von bis zu 10 Jahren ist für den Anteil an Liquiditätskrediten, der voraussichtlich längerfristig nicht abgebaut wird, zulässig. Aktuell sind Laufzeiten bis zu 7 Jahren für Liquiditätskredite vereinbart.

Eine Verlängerung der Zinsbindungsfrist führt zu einer Erhöhung des Durchschnittzinssatzes, gleichzeitig aber auch zu einer langfristigen Zinssicherheit.

Für den Zeitraum bis 2021 wird lediglich eine moderate Erhöhung des Durchschnittzinssatzes angenommen.

Es ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der HSP-Maßnahme gelingt.

Die Zinsen für Investitionskredite werden jährlich an das Kreditvolumen angepasst.

**Ermittlung des geometrischen
Mittels für die Fortschreibung des
Haushaltssanierungsplanes für den
Zeitraum von 2016 bis 2021**

Stand: 14.09.2016

Berechnung des geometrischen Mittels für die HSP-Fortschreibung 2017

Ertrags- und Aufwandsarten		2006 €	2007 €	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €
1	Steuern und ähnliche Abgaben	55.147.857	65.635.096	62.945.571	58.978.884	54.018.321	59.132.724	63.964.503	64.482.345	72.180.987	
	16.02.01.405100 Ausgleichsl. Familienleistungsausgleich			1.957.704	2.165.146	2.436.237	2.279.774	2.560.000	2.503.741	2.477.889	2.641.280
	Grundsteuer A	18.327	17.921	13.903	15.882	14.940	15.389	25.735	25.698	25.638	25.639
	Grundsteuer B	7.267.154	7.426.970	7.578.391	7.583.405	7.702.935	7.814.472	9.439.258	12.384.313	12.482.592	12.565.666
	16.02.02.401300 Gewerbesteuer	27.174.117	34.854.059	28.820.603	25.332.132	21.696.552	24.718.655	25.363.728	22.068.413	28.857.859	10.547.976
	16.02.02.402100 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	18.185.807	20.597.889	21.581.417	20.714.249	19.082.354	20.641.033	22.341.731	23.089.579	23.861.322	26.643.458
	16.02.02.402200 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.789.964	2.004.671	2.055.887	2.126.851	2.158.638	2.298.992	2.433.196	2.447.051	2.513.149	2.913.609
	16.02.02.403100 Vergnügungssteuer	380.474	364.549	570.819	674.229	559.439	943.793	1.380.471	1.490.368	1.477.772	1.796.066
	16.02.02.403200 Hundesteuer	332.014	369.037	366.847	366.990	367.226	420.616	420.384	473.182	484.764	496.267
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen										
	16.02.01.411100 Schlüsselzuweisungen	25.269.388	33.139.704	35.806.740	32.861.178	36.562.425	39.861.439	47.681.011	45.198.403	55.484.939	56.389.512
	Sonstige Zuwendungen und allgemeine Umlagen										
11	- Personal- und Versorgungsaufwendungen Budget 10										
13	=- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (s.u.)										
15	- Transferaufwendungen										
	16.02.01.537200 Kreisumlage / Allgemeine Umlagen	39.695.611	36.557.751	39.742.862	41.649.933	47.946.136	48.711.817	47.980.283	47.578.557	46.901.762	49.131.376
	.537 Finanzierungsbeteiligung AG SGB II (KdU)										
	531 Betriebskostenzuschüsse Kitas										
	531 übrige										
	531 gesamt										
	533* Hilfe zur Erziehung										
	533* übriger Sozialtransfer										
	533* gesamt										
	534* Steuerbeteiligungen gesamt, Soli bis 2019										
	539* sonstiger Transferaufwand gesamt										
	Soli bis 2019 weitere Transferaufwendungen										
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen										
17	= Ordentliche Aufwendungen										

Stand: 14.09.2016

Berechnung der Wachstumsraten

Ertrags- und Aufwandsarten		kleinster Wert					größter Wert				
1	Steuern und ähnliche Abgaben										
	16.02.01.405100 Ausgleichsl. Familienleistungsausgleich										
	Grundsteuer A	13.903	14.940	15.389	15.882	17.921	18.327	25.638	25.639	25.698	25.735
	Grundsteuer B	7.267.154	7.426.970	7.578.391	7.583.405	7.702.935	7.814.472	9.439.258	12.384.313	12.482.592	12.530.078
	16.02.02.401300 Gewerbesteuer	10.547.976	21.696.552	22.068.413	24.718.655	25.332.132	25.363.728	27.174.117	28.820.603	28.857.859	34.854.059
	16.02.02.402100 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	18.185.807	19.082.354	20.597.889	20.641.033	20.714.249	21.581.417	22.341.731	23.089.579	23.861.322	26.643.458
	16.02.02.402200 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.789.964	2.004.671	2.055.887	2.126.851	2.158.638	2.298.992	2.433.196	2.447.051	2.513.149	2.913.609
	16.02.02.403100 Vergnügungssteuer	364.549	380.474	559.439	570.819	674.229	943.793	1.380.471	1.477.772	1.490.368	1.796.066
	16.02.02.403200 Hundesteuer	332.014	366.847	366.990	367.226	369.037	420.384	420.616	473.182	484.764	496.267
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen										
	16.02.01.411100 Schlüsselzuweisungen	25.269.388	32.861.178	33.139.704	35.806.740	36.562.425	39.861.439	45.198.403	47.681.011	55.484.939	56.389.512
	Sonstige Zuwendungen und allgemeine Umlagen										
11	- Personal- und Versorgungsaufwendungen Budget 10										
13	=- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (s.u.)										
15	- Transferaufwendungen										
	16.02.01.537200 Kreisumlage / Allgemeine Umlagen	36.557.751	39.695.611	39.742.862	41.649.933	46.901.762	47.578.557	47.946.136	47.980.283	48.711.817	49.131.376
	.537 Finanzierungsbeteiligung AG SGB II (KdU)										
	531 Betriebskostenzuschüsse Kitas										
	531 übrige										
	531 gesamt										
	533* Hilfe zur Erziehung										
	533* übriger Sozialtransfer										
	533* gesamt										
	534* Steuerbeteiligungen gesamt, Soli bis 2019										
	539* sonstiger Transferaufwand gesamt										
	Soli bis 2019 weitere Transferaufwendungen										
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen										
17	= Ordentliche Aufwendungen										

Stand: 14.09.2016

Ertrags- und Aufwandsarten		M1	M2	Zwischenwert	Wachstumsrate	Wachstumsrate %	Vorgabe OD / Mittelwert	gewählte Berechnungsgröße 2017	gewählte Berechnungsgröße 2016	gewählte Berechnungsgröße 2015	gewählte Berechnungsgröße 2014	gewählte Berechnungsgröße 2013	gewählte Berechnungsgröße 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben												
	16.02.01.405100 Ausgleichsl. Familienleistungsausgleich												
	Grundsteuer A	121.037	78.035	1,5511	0,0500	5,00%	Mittelw. 5,00%		4,28%	3,52%	2,74%	Mittelw 1,88	1,53%
	Grundsteuer B	54.650.713	37.558.855	1,4551	0,0426	4,26%	Mittelw. 4,26%		3,33%	2,26%	1,19%	Mittelw 0,75	0,69%
	16.02.02.401300 Gewerbesteuer	145.070.366	104.363.728	1,3900	0,0373	3,73%	Mittelw. 3,73%		2,57%	2,99% 3% *)	n. M-W 5,19 / 4%		6,13%
	16.02.02.402100 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	117.517.507	99.221.332	1,1844	0,0190	1,90%	Mittelw. 1,90%		1,71%	1,75%	1,68%	Mittelwert 1,45	1,46%
	16.02.02.402200 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	12.605.997	10.136.011	1,2437	0,0245	2,45%	Mittelw. 2,45%		2,26%	2,42%	2,51%	Mittelwert 2,48	2,03%
	16.02.02.403100 Vergnügungssteuer	7.088.470	2.549.510	2,7803	0,1203	12,03%	Mittelw. 12,03%		11,26%	10,05%		Mittelwert 6,4	4,91%
	16.02.02.403200 Hundesteuer	2.295.213	1.802.115	1,2736	0,0272	2,72%	Mittelw. 2,72%		2,31%	1,82%		Mittelwert 1,71	1,52%
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen												
	16.02.01.411100 Schlüsselzuweisungen	244.615.304	163.639.435	1,4948	0,0457	4,57%	Mittelw. 4,57%		4,28%	3,03%	3,18%	Mittelwert 2,43	2,32%
	Sonstige Zuwendungen und allgemeine Umlagen												
11	- Personal- und Versorgungsaufwendungen Budget 10						OD 14 1,00%	1,50%	1,50%	1,50%	wie OD		
13	=- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (s.u.)						OD 14 1,00%		1,00%	1,00%	2,00%		
15	- Transferaufwendungen												
	16.02.01.537200 Kreisumlage / Allgemeine Umlagen	241.348.169	204.547.919	1,1799	0,0186	1,86%			Finanzpl. Kreis	Finanzpl. Kreis	Entwurf Kreis 2013		
	.537 Finanzierungsbeteiligung AG SGB II (KdU)								Finanzpl. Kreis	Finanzpl. Kreis			Kreisdaten
	531 Betriebskostenzuschüsse Kitas								Berechnung	Berechnung	Berechnung		
	531 übrige								Fachamt	Fachamt	Fachamt		
	531 gesamt												
	533* Hilfe zur Erziehung						OD 14 2,00%	wie OD	wie OD	wie OD			
	533* übriger Sozialtransfer						OD 14 2,00%	wie OD	wie OD	wie OD			
	533* gesamt												
	534* Steuerbeteiligungen gesamt, Soli bis 2019									Erh. s. Steuer	Erh. s. Steuer		
	539* sonstiger Transferaufwand gesamt												
	Soli bis 2019 weitere Transferaufwendungen									Soli bis 2018	Soli bis 2019		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen										1% 2 % wie Sach- und Dienstleistungen		
17	= Ordentliche Aufwendungen												

**Orientierungsdaten 2017 – 2020
für die mittelfristige Ergebnis- und
Finanzplanung vom 25.07.2016**

**Orientierungsdaten 2017 - 2020
für die mittelfristige
Ergebnis- und Finanzplanung
der Gemeinden und Gemeindeverbände
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25. Juli 2016
Az. 34-46.05.01-264/16

Nachfolgend gebe ich gemäß § 6 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) in Verbindung mit § 84 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Orientierungsdaten 2017 bis 2020 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt.

I. Allgemeine Erläuterungen

1. Grundlagen der Orientierungsdaten 2017 - 2020

Die Orientierungsdaten stützen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2016 und legen in aller Regel die geltende Rechtslage zugrunde. Zudem berücksichtigen sie die Entwicklungen des Landeshaushaltes und des kommunalen Finanzausgleichs.

Da der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ nur die tatsächlichen Zuflüsse für das jeweilige Haushaltsjahr betrachtet, sind seine Ergebnisse vom Mai 2016 an den Einnahmen ausgerichtet. Die Orientierungsdaten zu den Steuern und Abgaben sind deshalb Einzahlungsgrößen. Eine periodengerechte Zuordnung erfolgt nicht und kann nur von den Kommunen individuell mit Rücksicht auf die jeweilige örtliche Situation vorgenommen werden.

2. Gewerbesteuerumlage

Die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Vervielfältigers der Gewerbesteuerumlage wird in der nachfolgenden Tabelle angegeben:

Jahr	„Normal“-Vervielfältiger § 6 Abs. 3 GemFinRefG		Erhöhung § 6 Abs. 3 GemFinRefG (ab 1995)	Erhöhung für die Abwicklung des Fonds "Dt. Einheit" § 6 Abs. 5 GemFinRefG	Gesamt- Vervielfältiger
	Bund	Länder	Länder	Länder	
2016	14,5	20,5	29	5*	69
2017	14,5	20,5	29	5*	69
2018	14,5	20,5	29	5*	69
2019	14,5	20,5	29	4*	68
2020	14,5	20,5	0**	0**	35

* Die Erhöhungszahl für den Vervielfältiger wird durch Rechtsverordnung des Bundes festgesetzt. Die Angaben beruhen für die Jahre 2017 – 2019 auf der Steuerschätzung vom Mai 2016. Der Vervielfältiger für das Jahr 2016 wurde durch Verordnung vom 01. Februar 2016 festgesetzt.

** Nach geltendem Bundesrecht enden die Erhöhungen gem. § 6 Abs. 3 und 5 GemFinRefG zum 31.12.2019. Nachlaufend erfolgen allerdings noch die Abrechnungen der Einheitslasten des Jahres 2018 in 2020 und des Jahres 2019 in 2021.

3. Wirkung der Orientierungsdaten – Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten

Gemäß § 16 Abs. 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) und der §§ 75 Abs. 1 und 84 GO NRW sollen sich die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Aufstellung des Haushaltes 2017 und bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2020 an den unter II. 1. aufgeführten Daten zu Einzahlungen, Erträgen und Aufwendungen ausrichten. Die Orientierungsdaten liefern allerdings nur Durchschnittswerte für die Gemeinden und Gemeindeverbände und sind deshalb lediglich Anhaltspunkte für die individuelle Finanzplanung. Jede Kommune ist verpflichtet, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten die für ihre Planung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln. Es ist von den Orientierungsdaten abzuweichen, wenn die individuellen Gegebenheiten vor Ort dies erfordern.

Auch bei den weiter in die Zukunft gerichteten Planungen der HSK- und HSP-Kommunen dürfen die Berechnungsempfehlungen des sogenannten Ausführungserlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 7. März 2013 zur Haushaltskonsolidierung nur zugrunde gelegt werden, wenn eine

eingehende Einzelfallprüfung ihre Vereinbarkeit mit den individuellen Verhältnissen vor Ort und deren voraussichtlichen Entwicklungen bestätigt hat. Die der Haushaltsplanung tatsächlich zugrunde gelegten Einzelwerte sind den Aufsichtsbehörden zu erläutern.

Generell sollten die Kommunen ihrer Haushaltsplanung eine eher vorsichtige Prognose zugrunde legen. Für Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben, bleibt es bei der Pflicht, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder auszugleichen (§ 76 Abs. 1 GO NRW). Für die Kommunen, die am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnehmen, gelten die Regelungen des Stärkungspaktgesetzes. Der Ausführungserlass regelt die Einzelheiten der Anwendung sowohl des § 76 GO als auch der Vorgaben zur Haushaltssanierung nach dem Stärkungspaktgesetz.

4. Empfehlungen für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung muss es oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen oder zumindest ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept bzw. einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan nach dem Stärkungspaktgesetz aufzustellen. Vor dem Hintergrund der Änderung des § 76 Abs. 2 GO NRW und der Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes ist davon auszugehen, dass alle Kommunen hierzu grundsätzlich in der Lage sind.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales verbindet mit der Bereitstellung der Orientierungsdaten 2017 bis 2020 auch die Erwartung, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände die Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung über ihren Haushalt an der Vorgabe des § 80 Abs. 5 Sätze 1 und 2 GO NRW ausrichten. Danach soll die Anzeige der vom Rat (bzw. vom Kreistag oder von der Landschaftsversammlung) beschlossenen Haushaltssatzung mit ihren Anlagen bei der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres (also bis zum 30. November des Vorjahres) erfolgen.

II. Orientierungsdaten und Erläuterungen

1. Orientierungsdaten 2017 – 2020 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen

Absolut	Orientierungsdaten			
2016	2017	2018	2019	2020
in Mio. Euro	in %			

Einzahlungen / Erträge

Summe der Einzahlungen aus Steuern (brutto)	23.132	7,7	4,2	3,3	3,6
darunter:					
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7.951	3,8	5,0	4,9	5,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ¹	1.170	24,1	17,6	2,3	2,3
Gewerbsteuer (brutto)	10.202	11,3 ²	2,9	3,0	3,5
Grundsteuer A und B	3.479	1,3	1,2	1,3	1,2

Kompensation Familienleistungsausgleich (Erträge)	760	+3,9	+3,8	+3,7	+2,9
Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes (Erträge)	10.344	+1,7	+6,4	+5,3	+4,3
davon:					
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	8.810	+1,7	+6,4 ³	+5,2	+4,3

Aufwendungen

Personalaufwendungen	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Sozialtransferaufwendungen	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

- 1 In den Werten ist die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer um bundesweit 500 Mio. Euro in 2016, 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2017 (§ 1 Satz 3 Finanzausgleichsgesetz) und um je 2,4 Mrd. Euro jährlich ab 2018 (gemäß der Vereinbarung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder vom 16.06.2016) enthalten.
- 2 Durch die Umsetzung des BFH-Urteils zur sog. Schachtelprivilegierung im gewerbsteuerlichen Organkreis wurden im Rahmen der Steuerschätzung für das Jahr 2016 einmalige Steuermindereinnahmen bei der Gewerbesteuer prognostiziert (1 Mrd. Euro im Gebiet A). Der Wegfall dieses Sondereffekts im Jahr 2017 zieht somit einen deutlichen Aufwuchs der Gewerbesteuereinzahlungen gegenüber dem Vorjahr nach sich. Gemeinden, die von den Auswirkungen der Umsetzung des BFH-Urteils nicht betroffen sind, wird empfohlen, von dem für 2017 angegebenen Wert abzuweichen und sich stattdessen, sofern die individuellen Gegebenheiten dem nicht entgegen stehen, an der im Orientierungsdatenerlass 2016 bis 2019 für das Jahr 2017 prognostizierten Entwicklungsrate für die Gewerbesteuer (+3,1 Prozent) zu orientieren.
- 3 Gemäß Kabinettsbeschluss vom 05.07.2016 beabsichtigt die Landesregierung, den auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Anteil der 5 Mrd. Euro des Bundes, der nach der Vereinbarung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder vom 16.06.2016 ab 2018 über den Länderanteil an der Umsatzsteuer verteilt werden soll (bundesweit 1 Mrd. Euro), zur Verstärkung der Schlüsselmasse der Gemeindefinanzierungsgesetze ab dem Jahr 2018 zu verwenden. Die hiermit verbundenen Mittel (Stand heute: ca. 217 Mio. Euro jährlich) konnten in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes bislang noch nicht berücksichtigt werden und sind daher auch in den Orientierungsdaten noch nicht enthalten. Unter Berücksichtigung dieser Aufstockung der Schlüsselmasse um ca. 217 Mio. Euro ergibt sich für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2018 eine Zunahme um 8,8 Prozent im Vergleich zum Jahr 2017.

2. Erläuterungen

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in der Abgrenzung der finanzstatistischen Kontengruppe 60 (für Erträge 40) gehören die Realsteuern, die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftsteuern, die sonstigen Gemeindesteuern (Kontenart 603 bzw. 403), die steuerähnlichen Einzahlungen (Kontenart 604 bzw. 404) und die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich (Kontenart 4051).

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für das Jahr 2017 auf rd. 8,253 Mrd. Euro geschätzt. Die Veränderungsrate für das Jahr 2017 (3,8 v. H.) wurde auf Grundlage der erwarteten Einzahlungen in Höhe von rd. 7,951 Mrd. Euro für 2016 berechnet. Die Schätzung basiert auf den Einnahmeerwartungen des Landes nach der Mai-Steuerschätzung 2016.

Durch die Abschlagszahlung für das vierte Quartal eines Jahres in Höhe von 110 Prozent der Zahlungen für das dritte Quartal ist nicht mehr mit hohen Abrechnungsbeträgen zu rechnen, so dass Einzahlungen und Erträge voraussichtlich kaum voneinander abweichen werden.

Die jeweils geltenden Schlüsselzahlen sind aus der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage ersichtlich. Die aktuellen Schlüsselzahlen gelten für die Jahre 2015 bis 2017. Ab dem Jahr 2018 werden neue Schlüsselzahlen gelten.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Die Einzahlungen aufgrund des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer werden im Jahr 2017 voraussichtlich rd. 1,452 Mrd. Euro betragen. Die Veränderungsrate für das Jahr 2017 (24,1 v. H.) wurde auf Grundlage der erwarteten Einzahlungen in Höhe von rd. 1,170 Mrd. Euro für 2016 berechnet.

Die Schlüsselzahlen zur Verteilung auf die Gemeinden wurden durch Rechtsverordnung des Bundes gem. § 5 c Gemeindefinanzreformgesetz und durch die Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer festgesetzt. Der Verteilungsschlüssel ist für die Jahre 2015 bis 2017 gültig.

Der Verteilungsschlüssel wird seit 2009 schrittweise von einem nicht fortschreibungsfähigen zu einem fortschreibungsfähigen Schlüssel umgestellt. In die von 2015 bis 2017 geltenden Schlüsselzahlen werden der alte Schlüssel zu 25 Prozent und der neue Schlüssel zu 75 Prozent einfließen. Ab dem Jahr 2018 wird der neue fortschreibungsfähige Schlüssel zu 100 Prozent verwendet.

Bundesentlastung in Höhe von bundesweit 1 Mrd. Euro in 2016, 2,5 Mrd. Euro in 2017 und 5 Mrd. Euro ab 2018

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde im Herbst 2013 als prioritäre Maßnahme vereinbart, die Kommunen im Rahmen der Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes im Umfang von jährlich 5 Mrd. Euro zu entlasten.

Bereits vor Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes werden die Kommunen bundesweit um 1 Mrd. Euro jährlich in 2015 und 2016 sowie um 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2017 entlastet. Die Entlastung erfolgt im Jahr 2016, wie bereits 2015, zu je 500 Mio. Euro über eine gleichmäßige Erhöhung der Beteiligungsquote des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 46 Absatz 5 Satz 4 SGB II) sowie eine entsprechende Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (§ 1 Satz 3 Finanzausgleichsgesetz). Im Jahr 2017 erfolgt die Entlastung zu 1 Mrd. Euro über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 46 Absatz 5 Satz 5 SGB II) und zu 1,5 Mrd. Euro über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (§ 1 Satz 3 Finanzausgleichsgesetz).

Am 16. Juni 2016 hat sich die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder auf einen Weg zur Verteilung der jährlich 5 Mrd. Euro verständigt, mit denen die kommunalen Haushalte von 2018 an entlastet werden sollen. Demnach sollen die Bundesmittel folgendermaßen verteilt werden:

- 2,4 Mrd. Euro werden durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer verteilt, die gemäß Artikel 106 Absatz 5a GG den Gemeinden zugutekommt.
- 1,6 Mrd. Euro werden über eine Aufstockung der Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II (KdU) verteilt. Diese Mittel fließen den Kreisen und kreisfreien Städten zu, die gemäß § 6 SGB II als kommunale Träger für die Gewährung dieser Leistungen zuständig sind.
- 1 Mrd. Euro wird über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer verteilt, die vom jeweiligen Land an die Kommunen weitergeleitet werden soll. Gemäß dem Kabinettsbeschluss vom 5. Juli 2016 ist beabsichtigt, diese Mittel in Nordrhein-Westfalen zur Verstärkung der

Schlüsselmasse der Gemeindefinanzierungsgesetze ab dem Jahr 2018 zu verwenden.

Bei der Berücksichtigung der o.g. Beschlüsse im Rahmen der kommunalen Ergebnis- und Finanzplanung, ist der Planungserlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 14. Juli 2016 (Az.: 34 - 46.09 - 1258/16) zugrunde zu legen.

Gewerbesteuer

Die erwarteten Gewerbesteuereinzahlungen beruhen auf den Ergebnissen der Regionalisierung der bundesweiten Steuereinnahmen der Länder.

Im Jahr 2015 sind die kommunalen Einzahlungen aus der Gewerbesteuer in Nordrhein-Westfalen per Saldo um rund 8,6 Prozent im Vergleich zu 2014 gestiegen. Für die Jahre 2017 bis 2020 wird mit einer weiteren Zunahme der Gewerbesteuer gerechnet.

Angesichts der starken Unterschiede in der örtlichen Aufkommensentwicklung kann diese Schätzung nur eine generalisierende Orientierungshilfe für die Haushaltsplanungen der einzelnen Gemeinden sein. Die konkreten Ansätze einer einzelnen Gemeinde sind von den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten abhängig und entsprechend von den Gemeinden in ihre Ergebnis- und Finanzplanung einzubeziehen.

Hinweis:

Durch die Umsetzung des BFH-Urteils zur sog. Schachtelprivilegierung im gewerbesteuerlichen Organkreis wurden im Rahmen der Steuerschätzung für das Jahr 2016 einmalige Steuermindereinnahmen bei der Gewerbesteuer prognostiziert (1 Mrd. Euro im Gebiet A). Der Wegfall dieses Sondereffekts im Jahr 2017 zieht somit einen deutlichen Aufwuchs der Gewerbesteuereinzahlungen gegenüber dem Vorjahr nach sich. Gemeinden, die von den Auswirkungen der Umsetzung des BFH-Urteils nicht betroffen sind, wird empfohlen, von dem für 2017 angegebenen Wert abzuweichen und sich stattdessen, sofern die individuellen Gegebenheiten dem nicht entgegen stehen, an der im Orientierungsdatenerlass 2016 bis 2019 für das Jahr 2017 prognostizierten Entwicklungsrate für die Gewerbesteuer (+3,1 Prozent) zu orientieren.

Grundsteuer A und B

Die erwarteten Grundsteuereinzahlungen beruhen auf den Ergebnissen der Regionalisierung der bundesweiten Steuereinnahmen der Länder.

Kompensation Familienleistungsausgleich

Die Kompensationszahlung für die Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ist nicht im Einkommensteueranteil erfasst. Sie wird als Zuweisung an die Gemeinden weitergegeben. Im Jahr 2016 sind dafür 760 Mio. Euro (ohne Abrechnung 2015) und in 2017 rd. 790 Mio. Euro (ohne Abrechnung 2016) vorgesehen.

Die Abrechnung der in einem Jahr geleisteten Kompensationszahlungen für die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs erfolgt nach Ist-Ergebnissen jeweils im April des Folgejahres.

Auf Basis der Steuerschätzung Mai 2016 ist derzeit für das Jahr 2016 von einem geschätzten Nachzahlungsbetrag vom Land an die Kommunen in Höhe von 7 Mio. Euro auszugehen, welcher im April 2017 ausgezahlt würde.

Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes

Die in der Tabelle unter II. 1. angegebenen Werte basieren auf der Einnahmeerwartung des Landes nach der Mai-Steuerschätzung 2016. Sie berücksichtigen nicht den Kabinettsbeschluss von 5. Juli 2016 zur Verwendung der Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab dem Jahr 2018 (siehe dazu auch oben Fußnote 3 zur Tabelle unter II.1 sowie die Erläuterungen zur Bundesentlastung in den Jahren 2016 und 2017 sowie ab dem Jahr 2018).

Die dargestellten Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes sowie die Schlüsselzuweisungen berücksichtigen die Eckpunkte zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2017. Die Daten stehen demnach unter dem Vorbehalt der Entscheidung des Gesetzgebers.

Aufwendungen allgemein

Die Orientierungswerte zu den Aufwendungen sind keine Prognosen, sondern Zielwerte, die gerade von konsolidierungspflichtigen Kommunen noch unterschritten werden sollten. Der jeweilige Wert darf der Planung nur zugrunde gelegt und fortgeschrieben werden, sofern tatsächlich die notwendigen Anstrengungen unternommen werden, um ihn zu erreichen. Die hierzu erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen müssen im Haushaltssanierungsplan oder im Haushaltssicherungskonzept nachvollziehbar dargestellt sein.

Personalaufwendungen

Trotz des deutlichen Einzahlungs- und Ertragswachstums seit 2010 stehen zahlreiche Kommunen nach wie vor unter einem starken Konsolidierungsdruck. Um den Haushalt in Zukunft dauerhaft aus eigener Kraft ausgleichen zu können, ist es erforderlich, bei den Personalaufwendungen nur geringe Zuwachsraten zuzulassen. Angesichts der geltenden Tarifabschlüsse wird davon ausgegangen, dass für die Entwicklung der kommunalen Personalaufwendungen im Jahr 2017 ein Zielwert von 2 Prozent realistisch ist.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Mit Ausnahme der Entwicklung im Jahr 2017 gelten für die Steigerungsraten der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die Ausführungen zu den Personalaufwendungen entsprechend.

Sozialtransferaufwendungen

Zu den kommunalen Sozialtransferaufwendungen gehören die Leistungen nach dem SGB II (u. a. Leistungen für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende), Leistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte, die Jugendhilfe, sonstige soziale Leistungen sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sind nicht die Werte dieses Erlasses, sondern diejenigen Veränderungsdaten einschlägig, die die Landschaftsverbände auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklungen bei den Fallzahlen und den Kosten ermitteln.

gez. Emschermann

Liste der Einzelmaßnahmen zur Fortschreibung des HSP 2017 bis 2021

Haushaltssanierungsplan																							
lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung	
1.1	Rat	01.05.01	Politische Gremien, Bürgermeister / Bürgerrechte	Verdienstausfall Rats- u. Ausschussmitglieder	12.000	12.000	12.000	12.000	20.000	12.000	20.000	12.000	20.000	12.000	20.000	12.000	20.000	12.000	20.000	12.000	20.000	umgesetzt	
1.2	Rat			Reduzierung Ratsmitglieder ab 2014		4.000	4.000	8.000	0	8.000	0	8.000	0	8.000	0	8.000	0	8.000	0	8.000	0	konnte nicht umgesetzt werden	
1.3	BM			Reduzierung Verfügungsmittel	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	umgesetzt	
1.4	Rat			Fusion von Ausschüssen		1.000	1.000	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	1.000	0	konnte nicht umgesetzt werden	
1.5	Rat			Aufwendungen an die Fraktionen		21.500	21.500	43.000	14.000	43.000	14.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000	Ältestenrat entschied am 10.11.15 keine weiteren Einsparungen in 2016	
1.6	Rat			Einführung elektronischen Sitzungsdienstes Reduzierung Druck- und Portokosten		2.500	2.500	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	umgesetzt	
2	BM	01.06.01	Städtepartnerschaften, Repräsentation	Reduzierung Stadtwerbung/ Städtepartnerschaften	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	umgesetzt	
3	Rat	14.01.01	Umweltschutz, Lokale Agenda 21	Reduzierung Förderung Solarkollektoranlagen	3.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	umgesetzt	
4.1	BM	14.02.01	Bodenschutz und Altlastensanierung	Sanierungsanlage Malorny ist entbehrlich		36.500	0	36.500	0	36.500	0	36.500	6.500	36.500	6.500	36.500	6.500	36.500	6.500	36.500	6.500	Maßnahme muss im "Sonderbetrieb" weitergeführt werden 2014 dafür zus. Gutachteraufwand	
4.2	BM			Reduzierung Gutachten für Altlastenuntersuchungen in Bebauungsplanverfahren	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	umgesetzt	
5	BM	15.01.01	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	Keine Teilnahme EXPO-Real	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	umgesetzt	
6	BM	15.01.02	Standort- und Strukturentwicklung	Erbbauszinsen Wiesenbusch	24.000	24.000	0	24.000	0	24.000	0	24.000	0	24.000	0	24.000	0	24.000	0	24.000	0	Erbbaurechtsbestellungsvertrag ist nicht bisher zustande gekommen.	
7.1	BM	01.04.01	Allgemeinkosten	Reduzierung Ausbildung über Bedarf, Bundesfreiwilligendienst, Wegfall Sozialarbeiter im Anerkennungs-jahr	39.000	112.000	112.000	150.000	150.000	207.000	207.000	207.000	207.000	243.000	243.000	243.000	243.000	243.000	243.000	243.000	243.000	umgesetzt	
7.2	BM			Ausnutzung der Personalfuktuation /	450.000	750.000	750.000	1.000.000	1.000.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	2.600.000	2.600.000	2.626.000	2.626.000	2.652.260	2.652.260	2.678.783	2.678.783		
				Red. schulbegleitende Projekte bisher 36.2	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	wird 2014 umgesetzt
				Reduzierung Schulbudgets Personalanteil, bisher 36.1 ff			17.325		37.340		57.240		70.140		72.940		72.940		72.940		72.940		
				Reduzierung Einsatzkräfte bisher 42.3	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	25.400	

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung		
				Schulküchen bisher 37.2, 38.2, 40.2	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100	178.100			
				Bücherei Anteil Personalkosten aus 31									113.540		148.240		216.420		218.700		220.950			
				evtl. Musikschule Anteil Personalkosten																				
				Personalreduzierung Aushilfen bisher 32.1							7.000		7.000		7.000		7.000		7.000		7.000	ehem. Maßnahme 32.1 - Absprache zw. StA. 10/41-Darstellung ab 2016 hier		
7.3				Schließung Verwaltung z.B. Weihnachten/ Neujahr, Brückentage, etc.	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	umgesetzt	
8.1	BM	01.08.01	Zentraler Verwaltungsservice	Zinsen/Betriebskosten Neues Rathaus (netto)					0		30.000		179.000	33.000	204.000	33.000	197.000	33.000	189.000	33.000	181.000			
8.2	BM			Reduzierung Fachzeitschriften	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	umgesetzt	
8.3	BM			Interkommunale Zusammenarbeit	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	umgesetzt	
9	BM	01.08.03	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Reduzierung Geschäftsausgaben	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	umgesetzt	
10.1	BM	01.09.01	Organisationsentwicklung/-beratung	Zusammenlegung von Aussenstellen		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000		
10.2	BM	01.08.03		Reduzierung Beschaffungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	umgesetzt	
11.1	BM	01.10.01	Technikunterstützte Informationsverarbeitung - TUIV	Reduzierung Produktionskosten GKD	84.000	84.000	59.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	84.000	umgesetzt	
11.2	BM			Verzicht auf Erneuerung TK-Anlage, siehe 11.3	26.000	26.000																	umgesetzt	
11.3	BM			Verlängerung Laufzeit Leasingverträge im DV-Bereich einschl. TK-Anlage, siehe 11.2	21.700	21.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	47.700	
11.4	BM			Optimierung Software, Lizenzgebühren	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	umgesetzt	
12	Rat	01.13.01	Haushaltsmanagement	Verlängerung Abschreibungsdauer bei Gebäuden (verteilt auf alle Produkte)	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	umgesetzt	
13	BM	01.13.04	Zahlungsabwicklung	Ertragssteigerung Beitreibungsgebühren etc.	20.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	20.000	120.000	120.000	umgesetzt einschl. Erhöhung	
14.1	BM	11.01.01	Wirtschaftl. Betätigung	Reduzierung Verlustausgleich IWG Wiesenbusch durch Optimierung Mietauslastung	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	umgesetzt	
14.2	Rat			Erhöhung Dividende ELE / Gewinnabführung Sparkasse		1.900.000	1.900.000	2.100.000	2.100.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	umgesetzt	
14.3	BM			Gewinnabführung ZBG		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	umgesetzt	
15.1	BM	13.02.01	Zahlungsabwicklung Grünpflege	Rückbau von Sportplätzen / Reduzierung Pflegeaufwand ZBG siehe auch Produkt 08.01.01 / 08.02.01		25.000	50.000	50.000	50.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	2 Plätze 2013 umgesetzt	

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung		
15.2	BM			Baumpflanzung/Baumschule		10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000		
16	BM	16.01.01	Kredit- und Rücklagenwirtschaft	Zinseinsparungen durch Umsetzung HSP	50.000	280.000	280.000	530.000	530.000	450.000	450.000	430.000	430.000	510.000	510.000	630.000	630.000	790.000	790.000	950.000	950.000	950.000		
17.1	BM	16.02.01	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	Änderung Beteiligung Jobcenter		75.000	75.000	150.000	150.000	250.000	250.000	400.000	400.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000		
17.2				Reduzierung der Kreisumlage																				
18.1	Rat	16.02.02	Gemeindesteuern	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 530 v.H. auf 690 v.H 2021 auf 750 v.H.	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	2.880.000	3.960.000	3.960.000	3.960.000	Maßnahme ist umgesetzt	
18.2	Rat			Erhöhung Gewerbesteuer von 480 v.H. auf 495 v.H.						750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	Maßnahme ist umgesetzt	
18.3	Rat			Erhöhung d. Steuersatzes je Hund in 2 Stufen um insge.24,-€	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Maßnahme ist umgesetzt
18.4	Rat			Einführung Kulturförderabgabe	100.000	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	auf Umsetzung wird zunächst verzichtet
18.5	Rat			Einführung Mobilfunksteuer										225.000	0	225.000	0	225.000	0	225.000	0	225.000	0	das Genehmigungsverfahren IMFM wird zunächst abgewartet
18.6	Rat			Erhöhung des Vergnügungssteuersatzes von 19% auf 20% / auf 22 %	50.000	50.000	150.000	50.000	150.000	50.000	150.000	50.000	150.000	150.000	250.000	150.000	250.000	150.000	250.000	150.000	250.000	150.000	250.000	Maßnahme ist umgesetzt
19	BM	01.14.01	Rechtsan-gelegenheiten	Reduzierung Rechts-Beratungskosten	15.000	20.000	0	25.000	0	27.500	0	30.000	0	31.000	0	31.000	0	31.000	0	31.000	0	31.000	0	Verzicht auf Umsetzung
20	BM	01.14.02	städtische Versicherungs-angelegenheiten	Einführung von Selbstbehalten bei Versicherungsschäden (Reduzierung Versicherungsbeiträge)	22.000	44.000	0	66.000	0	88.000	0	110.000	0	132.000	0	132.000	0	132.000	0	132.000	0	132.000	0	Verzicht auf Umsetzung
21	BM	02.02.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Reduzierung Sach- und Dienstleistungen und ordentliche Aufwendungen	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	21.500	
22.1	BM	02.03.01	Verkehrs-angelegenheiten	Reduzierung Sach- u. Dienstleistungen	2.800	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	2.800	2.400	
22.2	Rat			Ausweitung Parkgebührenpflicht	54.700	70.700	85.700	120.700	135.700	145.700	160.700	145.700	215.700	145.700	215.700	145.700	215.700	145.700	215.700	145.700	215.700	145.700	215.700	
22.3	Rat			Erhöhung Sondernutzungsgebühren	1.200	2.400	0	3.600	3.600	4.800	4.800	6.000	6.000	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	
22.4	BM			Überwachung fließender Verkehr / Reduzierung Toleranzgrenze	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	
22.5	BM			Erhöhte Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
23	BM	02.04.01	Gewerbe-angelegenheiten	Bußgelder / Ahndung von Rechtsverstößen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	7.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	Erhöhter Konsolidierungsbeitrag für 2016
24.1	BM	02.05.01	Einwohner-angelegenheiten, Zentraler Bürgerservice	Reduzierung von Sach- und Dienstleistungen	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200		
24.2	Rat			Verzicht Gebührenreduzierung										4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000		

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung	
25.1	BM	02.07.01	Brandschutz	Reduzierung Sachkosten						13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	
25.2	BM			Interkommunale Zusammenarbeit mit Bottrop und Gelsenkirchen						50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
26	Rat	02.09.01	Personenstandswesen	Gebührenerhöhung						12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	
27	BM	01.15.01	Zentrales Verwaltungsarchiv	Reduzierung Sachaufwand	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	umgesetzt
28.1	BM	04.02.01	Kultur- und Stadtmarketingveranstaltungen,	Reduzierung Gladbeck Total um einen Tag sowie anderer Veranstaltungen	9.000	13.000	13.000	13.000	13.000	17.000	17.000	21.000	21.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	umgesetzt
28.2	Rat			Entgeltanhebung				2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
29.1	BM	04.03.01	Volkshochschule	Reduzierung Aushilfen (wird bei 7.2 mit aufgefangen)		1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0	1.500	0
29.2 29.3 29.4	BM			Verringerung nicht kostendeckender Veranstaltungen	3.000	5.500	5.500	8.500	8.500	9.500	9.500	14.000	14.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	
29.3	BM			Aufwandreduzierung für Veranstaltungen																			
29.4	BM			Reduzierung Geschäftsbedarf																			
29.5	Rat			Entgelterhöhung	500	2.000	2.000	12.000	12.000	12.000	12.000	20.000	20.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	umgesetzt
29.6	BM			Förderung Deutschkurse / Überschuss	10.000	20.000	20.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	umgesetzt
30	Rat	04.04.01	Jugendkunstschule	Entgeltanpassung	500	500	500	1.000	1.000	1.000	1.000	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	
31	RatBM	04.05.01	Stadt-bücherei siehe auch 7.2	Reduzierung Zuschussbedarf Bücherei hier: Sachkostenanteil Personalkosten siehe 7.2	12.000	12.000	12.000	18.500	18.000	18.500	18.000	250.000	26.500	250.000	26.500	250.000	26.500	250.000	26.500	250.000	26.500	250.000	umgesetzt
32.1	BM	04.06.01	Museum	Personalreduzierung Aushilfen	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	0	7.000	0	7.000	0	7.000	0	7.000	0	7.000	0	7.000	Zuordnung zu Maßnahme 7.2 ab 2016
32.2	BM			Reduzierung Sonderausstellungen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	umgesetzt
33.1	BM	04.07.01	Historisches Archiv	Reduzierung Honorarkräfte	1.000	2.000	2.000	3.000	3.000	4.000	4.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	umgesetzt
33.2	Rat			Gebührenerhöhung	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	umgesetzt
34.1	BM	15.02.01	Mathias-Jakobs-Stadthalle	Reduzierung Bauunterhaltung	8.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	umgesetzt
34.2	BM			Reduzierung eigener Veranstaltungen	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	umgesetzt

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung		
34.3	Rat	BM		Entgelt- und Mieterhöhung				3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000			
35.1	BM	15.02.02	Bürgerhaus Gladbeck -Ost	Reduzierung Aushilfen	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000		
35.2	BM			Reduzierung Veranstaltungen	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000		
35.3	Rat			Entgeltanhebung		500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500		
36.1	BM	03.01.01	Grund- schulen und alle anderen Schulformen	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets, nur Sachkostenanteil, Personalkosten siehe 7.2	90.500	124.800	108.950	168.400	128.550	236.200	147.050	275.600	158.450	280.100	158.450	281.100	158.450	281.100	158.450	281.100	158.450	281.100	158.450	
37.1																								
38.1																								
39.1																								
40.1																								
41	BM			Reduzierung schulbegleitende Projekte (siehe 7.2)			0																	
36.2	BM			Reduzierung schulbegleitende Projekte (siehe 7.2)			0																	
36.3	Rat			Erhöhung OGS-Beiträge	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000		
37.1	BM	03.01.02	Hauptschulen	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets	siehe 36.1																			
37.2	BM			Neukonzeptionierung Schulküche siehe auch Produkt 03.01.03 / 03.01.05	siehe 7.2																			
38.2	BM			Neukonzeptionierung Schulküchen siehe Produkt 03.01.02 / 03.01.05																				
38.1	BM	03.01.03	Realschulen	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets	siehe 36.1																			
38.2	BM			Neukonzeptionierung Schulküchen siehe Produkt 03.01.02 / 03.01.05																				
39.1	BM	03.01.04	Gymnasien	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets	siehe 36.1																			
39.2	BM			Erhöhter Landeszuschuss / Änderung Schülerfahrkostenverordnung	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300	27.300		
40.1	BM	03.01.05	Gesamt- schulen	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets	siehe 36.1																			
40.2	BM			Neukonzeptionierung Schulküchen siehe auch Produkt 03.01.02 / 03.01.03																				
40.3	BM		alle Schulformen	Reduzierung Schülerfahrkosten		10.000	10.000	20.000	20.000	30.000	30.000	40.000	40.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000		
41	BM	03.01.06	Förder- schulen	Absinken der Schülerzahlen / Anpassung der Schulbudgets	siehe 36.1																			
42.1	BM	03.02.01	Zentrale Leistungen des Schulträgers	Aufwandsreduzierung Sachkosten	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000		
42.2	BM			Vermietung von Parkflächen auf öffentlichen Grundstücken				96.000	96.000	96.000	55.000	96.000	55.000	96.000	55.000	96.000	55.000	96.000	55.000	96.000	55.000	96.000	55.000	Reduzierter Konsolidierungs- betrag ab 2016
42.3	BM			Reduzierung Einsatzkräfte siehe 7.2																				

lfd Nr.	zuständig	Produkt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung	
42.4	Rat			Entgelte für dauerhafte / stundenweise Überlassung von Schulräumen an Vereine	25.000	25.000	0	25.000	25.000	25.000	12.000	25.000	12.000	25.000	12.000	25.000	12.000	25.000	12.000	25.000	12.000	Reduzierter Konsolidierungsbetrag ab 2016, Umsetzung ab 2016 in Zusammenhang mit Maßnahme 53.3 BgA Sport	
42.5	BM			Lernen vor Ort Sach- u. Fahrtkosten				22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000		
43	Rat BM	04.01.01	Musikschule	Reduzierung Zuschussbedarf auf max. 500 T€		10.000	10.000	10.000	10.000	70.000	70.000	70.000	70.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	
44	Rat	05.02.01	Beratung, Betreuung und Service für Menschen in besonderen Lebenslagen	Absenkung von Zuschüssen insbesondere geänderte Finanzierung Frauenberatungsstelle	24.000	24.000	24.000	25.000	25.000	26.000	26.000	28.000	28.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	
45	BM	05.03.02	sonstige soziale Leistungen	Verzicht auf die Durchführung von Ferienfreizeiten	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	umgesetzt
46	Rat	06.01.01 06.04.01	Frühe Bildung und Betreuung	Erhöhung Elternbeiträge um 1,5 %	7.000	18.800	18.800	37.900	37.900	57.200	57.200	78.000	78.000	96.700	96.700	116.700	116.700	137.200	137.200	158.200	158.200	158.200	umgesetzt
47	Rat	06.01.02 06.04.01	Frühe Bildung und Betreuung	Anpassung an Rechnungsergebnis und Erhöhung Elternbeiträge um 1,5 %	24.350	25.700	25.700	27.050	27.050	28.400	28.400	29.750	29.750	31.100	31.100	32.450	32.450	33.800	33.800	35.150	35.150	35.150	umgesetzt
48.1	BM	06.05.01	Kinder- und Jugend-einrichtung	Kürzung Zuschuss an Förderverein Kotten Nie	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	umgesetzt
48.2	BM			Neukonzeption / Zusammenlegung Jugendeinrichtungen						250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	
49	BM	06.06.01	Hilfen zur Erziehung und Prävention	Optimierung Fallmanagement	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	
50	BM	02.06.01	Regelung des Aufenthalts von Ausländer/-Innen, Einbürgerungen	Reduzierung Sachaufwand	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	
51	BM	03.03.01	RAA	Auswirkung Gründung Kommunales Integrationszentrum West-Vest		50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	34.000	50.000	
52	BM	05.04.02	Beratung und Service zur Integration	Reduzierung Sachaufwand	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	
53.1	BM	08.01.01	Sportanlagen	reduzierter Pflegeaufwand durch Aufgabe von Sportanlagen, siehe auch Leistungen an ZBG bei 13.02.01 / 08.02.01	12.500	25.000	25.000	50.000	10.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	
53.2	Rat			Kostenbeiträge / Energiekostenumlagen Vereinsheime u.ä.					10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		
53.3	BM			Aufwandsreduzierung durch Gründung eines BgA Sport		100.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung		
54	Rat	08.01.02	Hallenbad	Entgeltanhebung						15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000			
55	BM	08.01.03	Freibad Traglufthalle	Vertragsänderung / Änderung Abrechnungsmodus ab 2014		40.000	40.000	50.000	50.000	60.000	60.000	80.000	80.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000		
56	BM	08.02.01	Sport-förderung	Reduzierung Aufwand eigenverantwortliche Nutzung	5.000	10.000	10.000	20.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000		
57.1	BM	01.17.03	Energie-management	Verzicht auf konsumtive Energiesparmaßnahmen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	101.000	101.000	102.000	102.000	103.000	103.000	104.000	104.000	105.000	105.000	106.000	106.000	106.000		
57.2	BM			Energiekosteneinsparung in verschiedenen Produkten (siehe Deckungskreis 6500)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000		
58.1	BM	01.18.01	Liegenschafts-mana-gement	Erhöhung von Mieten und Pachten	40.000	43.000	52.400	66.000	75.400	69.000	78.400	72.000	81.400	92.000	101.400	92.000	101.400	92.000	101.400	92.000	101.400	92.000	101.400	Zusammenfassung mit 66.1
58.2	BM			Reduzierung Unterhaltung	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000		
58.3	Rat BM			Aufgabe von Schulstandorten / Flächenentwicklung / Vermarktung, Reduzierung - Energie - Unterhaltung - Reinigung - Abschreibung		100.000	108.000	300.000	236.360	500.000	389.360	700.000	449.360	850.000	474.360	850.000	478.360	850.000	585.360	850.000	589.360	850.000	Anpassung an die aktuelle Entwicklung	
59	BM	01.18.02	Zentraler Gebäude-service	Neuausschreibung Unterhaltsreinigung	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	umgesetzt	
60	BM	09.01.01	Generelle Planung, Stadtteil-bereichs-planung	Rückführung der zweckgebundenen Mietmehreinnahmen Waldenburger Str. auf 5.000 €	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	umgesetzt	
61	BM	09.01.02	Bauleitplanung	Reduzierung Planungskosten Bauleitplanung	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000		
62	BM	12.01.01	Verkehrs-planung	Reduzierung Planungskosten Verkehrsplanung	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000		
63	BM	09.02.02	Raumbez. Informations-systeme (KGIS) und kartogr. Produkte	Einsparung durch Umstellung Software / Verzicht auf externe Dienstleistungen		7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400		
64.1	BM	12.02.02	Unterhaltung von Verkehrs-flächen /-anlagen	Übernahme Beleuchtungskosten Bus-Wartehallen von der Vestischen	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100	7.100		
64.2 64.6	BM			Neuabschluss Straßenbeleuchtungsvertrag				100.000	100.000	100.000	120.000	100.000	120.000	100.000	120.000	100.000	120.000	100.000	120.000	100.000	120.000	100.000	Zusammenfassung mit 64.6	
64.3	BM			Schließung Tiefgarage Oberhof				22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000		
64.4	BM			Abschaltung von Signalgebern an Lichtsignalanlagen	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500		

lfd Nr.	zu-ständig	Pro-dukt	Produkt-Bezeich.	Kurzbeschreibung der Maßnahme	2013	2014	2014 Betrag neu 2014	2015	2015 Betrag neu 2015	2016	2016 Betrag neu 2016	2017	2017 Betrag neu 2017	2018	2018 Betrag neu 2017	2019	2019 Betrag neu 2017	2020	2020 Betrag neu 2017	2021	2021 Betrag neu 2016	Erläuterung	
64.5	BM			Steuerung Lichtsignalanlagen durch Aufschaltung auf Großrechner								82.500	82.500	82.500	82.500	82.500	82.500	82.500	82.500	82.500	82.500		
64.6	BM			Reduzierung Kosten für Straßenlaternen				20.000	20.000	20.000	0	20.000	0	20.000	0	20.000	0	20.000	0	20.000	0		Zuordnung zu 64.2
65.1	BM	13.01.01	Planung und Bau von Freiflächen	Reduzierung externer Planungskosten	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
65.2	BM			Reduzierung Instandsetzung Infrastruktur	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.400	5.400	5.900	5.900	6.400	6.400	6.900	6.900	7.400	7.400	7.900	7.900		
66.1	BM	13.01.02	Qualitätsm. Freiflächen	Pachterhöhung Kleingärten / Stadtgärten	4.500	9.400	0	9.400	0	9.400	0	9.400	0	9.400	0	9.400	0	9.400	0	9.400	0		Zuordnung zu 58.1
66.2	BM			Standardabsenkung bei Herrichtung von Flächen vor Abgabe an ZBG	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
67	BM	13.01.03	Planung, Bau und Unterhaltung von Gewässern	Standardabsenkung Unterhaltung Gewässer	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	
68	BM	02.03.01	Verkehrs-angelegenheiten	Bußgelder Überwachung Verkehr			0		60.000		60.000		60.000		60.000		60.000		60.000		60.000		
69	BM	01.13.01	Haushaltsmanagement	Beendigung Vertrag IKVS					10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		10.000		umgesetzt
70	BM	11.02.02	Unterhaltung und Betrieb der Stadtentwässerung	Erhöhung Prozentsatz aktivierte Eigenleistung Kanalbau					70.000		140.000		140.000		140.000		140.000		140.000		140.000		umgesetzt
71	BM / Rat	11.02.02	Unterhaltung und Betrieb der Stadtentwässerung	Erhöhung Bauvolumen Abwasserbeseitigung in Anpassung an Abwasserbeseitigungskonzept							66.400		131.000		173.500		215.400		256.600		296.000		
72	BM	01.08.01	Zentraler Verwaltungsservice	Effizienzvorteil durch Einführung neuer Druck- und Kopiersysteme					20.000		20.000		20.000		20.000		20.000		20.000		20.000		
73	BM	alle	alle Produkte	Reduzierung Sach- und Dienstleistungen um 1 % pauschal											335.000		335.000		335.000		335.000		
74	Rat	01.05.01	Politische Gremien	Verzicht auf 3. stellv. Bürgermeister					6.000		6.000		6.000		6.000		6.000		6.000		6.000		Ratsbeschluss 17.06.2004
75	Rat	01.05.01	Politische Gremien	Verzicht auf eine Fraktion					2.000		2.000		2.000		2.000		2.000		2.000		2.000		umgesetzt
76	BM	04.02.01	Kultur- und Stadtmarketingveranstaltungen,	Bewirtschaftung Dienstparkplätze außerhalb Tiefgarage Bücherei					4.000		4.000		4.000		4.000		4.000		4.000		4.000		umgesetzt
			Summe	der Einzelmaßnahmen	9.031.550	12.280.500	12.135.175	13.873.750	13.874.700	16.012.200	16.058.650	16.847.950	16.905.440	20.369.200	20.456.190	20.539.050	20.732.120	20.748.660	21.084.210	22.039.033	22.412.233		